



Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband
Westliches Westfalen e.V.



**Willkommen:
in der AWO.**

Geschäftsbericht

2013. 2014. 2015. 2016.





Grußworte

Grußwort der Ministerpräsidentin	4
Zum Geleit	5

Vorstand

2012 – 2016	9
-------------	---

Mitglieder – Ehrenamt – Verband

Struktur und Organisation	11
Mitglieder und Ehrenamt	11
Lotte-Lemke-Bildungswerk	14
Verband	14
Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege	22
Korporative Mitglieder	23
Gebiet	24
Mitgliederverband	25
Sozialunternehmen	26
Bezirksgeschäftsstelle	27

Finanzen – Personal – Gesellschaften

Finanzen	29
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	30
AW Kur und Erholungs GmbH	32
AW Versorgungs GmbH	37

Pflege

Stationäre Pflege	41
Ausbildung und Qualifizierung	46
Ambulante Pflege/Sozialstationen	48

Kinder

Tageseinrichtungen für Kinder	51
Offener Ganzttag	53
Vormundschaftsvereine	54
Junge Flüchtlinge	54
Fachberatung, Fortbildungen & Projekte	55

Jugend

Jugendsozialarbeit	59
Freiwilligendienste – FSJ und BFD	60

Migration

64

Inklusion

Arbeit	69
Wohnen	72

Beratung und Betreuung

Drogen- und Suchtkrankenhilfe	75
Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen	75
Frauenhäuser	76
Schuldner- & Verbraucherinsolvenzberatung	77

Ausblick

78

Die AWO – ein starker Partner und wichtiger Ratgeber

Liebe Freundinnen und Freunde,



Hannelore
Kraft

dass die Konferenz des größten Bezirks der Arbeiterwohlfahrt wieder in genau dem Jahr zusammenkommt, in dem Nordrhein-Westfalen sein 70-jähriges Bestehen feiern kann, ist ein Zufall, aber ein besonders schöner und passender: Denn ohne die AWO und ihre Grundwerte Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit hätte unser Land nicht bis heute das soziale Gewissen der Bundesrepublik bleiben können. Dieses Versprechen auf eine bessere Zukunft hatte Karl Arnold, erster frei gewählter Ministerpräsident unseres Landes und Mitbegründer des DGB, vor gut 65 Jahren gegeben. Die AWO hat große Verdienste daran, dass es selbst unter größtem Druck eingelöst werden konnte. Seit jeher ist sie ein starker Partner und wichtiger Ratgeber der Landesregierung bei den großen sozialpolitischen Aufgaben. Kinder und Jugendliche, Alleinstehende und Alleinerziehende, Familien und Ältere, Menschen mit Behinderungen, Kranke und Pflegebedürftige brauchen uns, damit sie ein menschenwürdiges Leben

führen können. Die Ortsvereine der Arbeiterwohlfahrt, die Ehrenamtlichen wie die Profis, helfen dabei mit großem Erfolg und viel Herzblut. Dafür bin ich ihnen und „meiner“ AWO sehr dankbar.

Ihre Grundwerte sind alles andere als Geschichte. Sie sind hoch aktuell und gerade in diesen Zeiten besonders wertvoll, stehen wir doch jetzt vor einer einzigartigen Herausforderung in der Geschichte unseres Landes. In wenigen Monaten haben wir weit mehr als 300.000 Frauen, Kinder und Männer bei uns aufgenommen, die vor Krieg, Terror und Gewalt aus ihrer Heimat geflohen sind und die nun bei uns Schutz suchen. Die Aufgabe, diesen Menschen ein neues Zuhause zu geben, packen wir gemeinsam an: Staat und Politik, Land und Kommunen, Gewerkschaften und Unternehmen, Kirchen und natürlich große Wohlfahrtsverbände wie die Arbeiterwohlfahrt. Angesichts dessen, was auch dank ihres Einsatzes vor Ort und oft unter sehr schwierigen Bedingungen gelingt, bin ich als

Ministerpräsidentin besonders stolz darauf, dass sich so viele Bürgerinnen und Bürger dafür einsetzen, dass Menschen nach ihrer Flucht bei uns ein besseres Leben führen können. Sie und alle, die sich wie die AWO für Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit einsetzen, sind das soziale Gewissen Deutschlands. Darauf, dass wir es geblieben sind, können wir in Nordrhein-Westfalen wirklich stolz sein – und auf die Arbeiterwohlfahrt im Westlichen Westfalen, die unser Land über 70 Jahre hinweg mitgeprägt hat.

Hannelore Kraft
– Ministerpräsidentin des
Landes NRW –

Zehntausende Menschen beraten, betreut, versorgt und gepflegt

Liebe Freundinnen und Freunde,

vor Ihnen liegt der Geschäftsbericht der Arbeiterwohlfahrt Bezirk Westliches Westfalen e. V. für die Jahre 2013 bis 2016. Dieser Geschäftsbericht ist natürlich ein besonderer – nach über 25 Jahren als Bezirksgeschäftsführer ist Wolfgang Altenbernd Ende März 2015 in den verdienten Ruhestand gegangen. Seit April 2015 ist Uwe Hildebrandt als sein Nachfolger dabei, den Bezirksverband auch in seinen vielen Details kennenzulernen, bewährte Verfahren zu erhalten und hier und da neue Impulse in den Verband zu geben.

Wir möchten dieses Grußwort mit einem persönlichen Dank sowohl an Wolfgang Altenbernd als auch an den gesamten Bezirksvorstand beginnen. Wolfgang Altenbernd hat seinen Nachfolger in überaus kollegialer und engagierter Art in die zahlreichen Geschäftsfelder des Bezirksverbandes eingearbeitet und zahllose gemeinsame Termine in den letzten Monaten seiner Tätigkeit ermöglicht. Neben allen fachlichen Fragestellungen und Herausforderungen, denen sich jeder bei der Einarbei-

tung in einen solchen Verband zwangsläufig stellen muss, war immer spürbar, mit welchem Herzblut Wolfgang Altenbernd in den vergangenen Jahrzehnten die AWO Westliches Westfalen e.V. immer wieder neu erfunden und zu einem großen und kerngesunden Verband geformt hat.

Unser Dank gilt zugleich den Mitgliedern des Bezirksvorstands, die Uwe Hildebrandt ihr Vertrauen geschenkt haben und bereit gewesen sind, neue Wege zu gehen.

Bei ehrlicher Betrachtung der Entwicklungen der sozialpolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen zeigt sich ein sehr inhomogenes Bild: Zum einen wächst unser Verband in Deutschland im hauptamtlichen Bereich in einem Umfang, der vor kurzem noch als nahezu ausgeschlossen galt. Insgesamt sind im westlichen Westfalen bei der Arbeiterwohlfahrt und deren Tochtergesellschaften mehr als 18.000 Menschen beschäftigt. Nie waren mehr Menschen bei uns tätig. Zum anderen müssen wir leider einen immer stärkeren Mit-

gliederschwund – von 40.000 auf 35.000 – verzeichnen und offen eingestehen, dass uns bisher noch ein Patentrezept zur Begrenzung oder gar Umkehr des Trends fehlt.

Reges Engagement charakterisiert die Arbeit

Und trotzdem bleibt Tatsache, dass unsere Ortsvereine zu meist ein reges Verbandsleben führen. Sie sind im besten Fall ein Treffpunkt für die ältere Generation und bieten in einer von Vereinzelung geprägten Gesellschaft die Möglichkeit der Begegnung. Sie wird oft zum Ausgangspunkt für gelebte Solidarität, Gemeinschaft und Nachbarschaft. Getragen werden diese Aktivitäten von vielen tausend ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern.

Kein Dumping bei sozialen Diensten

Ein Trend der letzten Jahre hat sich leider weiter fortgesetzt: Während soziale Dienstleistungen immer stärker Marktbedingungen unterworfen werden, wird von der AWO als großem tarifgebundenem Träger erwartet, selbstverständlich die Gehaltsentwicklungen im öffentlichen



Michael Scheffler



Uwe Hildebrandt



Verabschiedung von Wolfgang Altenbernd (mit Ex-Vizekanzler Franz Müntefering).

Dienst und bei den anderen, vor allem konfessionellen Trägern mitzugehen, um sich nicht zu einem „Dumpinganbieter“ innerhalb der Freien Wohlfahrt zu entwickeln. Ganz klar und deutlich: Dies ist nicht unser Weg oder unser Ziel. Allerdings sollen wir dann als Träger akzeptieren, dass die gleichen Kostenträger, die von uns zum Beispiel Tariftreue erwarten, politisch legitimierte Ausschreibungen durchführen mit dem schlussendlichen Ergebnis, Anbieter als Gewinner in diesen Verfahren zu ermitteln, die nachweislich keine Löhne zahlen, die Menschen in die Lage versetzen von diesem Gehalt leben zu können. Es sei der deutliche Hinweis erlaubt: Dies alles geschieht unter den Augen von demokratisch legitimierten Entscheidungsgremien.

Angebote extrem ausgeweitet

Schauen wir bei der Betrachtung unserer Angebote der vergangenen Jahre zuerst auf die Unterbezirke und deren Tochtergesellschaften. Vor allem in den Bereichen der Tageseinrichtungen für Kinder sowie in den offenen

Ganztagschulen haben wir zahlreiche neue Trägerschaften übernommen und unsere Angebote extrem ausgeweitet. Noch nie hatten wir so viele Kinder in der täglichen Betreuung wie es zurzeit der Fall ist.

Allerdings müssen wir bei allen Erfolgen auch zur Kenntnis nehmen, dass diese Zahlen möglicherweise nicht von langer Dauer sind. Denn selbst wenn erste positive Zeichen mit der Landesregierung bei der Verbesserung der Finanzierung der Tageseinrichtungen für Kinder gesetzt werden konnten, ist die Realität der Einrichtungen vor Ort in jedem Jugendamtsbezirk anders und teilweise dramatisch.

Einrichtungen von Trägern, die in den 1970er-Jahren eröffnet wurden und seitdem mit einem nahezu identischen Team arbeiten, sind auch nach der Steigerung der Kibiz-Pauschale nicht auskömmlich zu betreiben. Wir brauchen daher dringend nicht nur eine Revision des Gesetzes, sondern eine komplette Neuausrichtung als Grundlage für eine sichere

Refinanzierung der tariflich vereinbarten Entgelte. Ein Gesetz, das vorgeben möchte, wie hoch die Kostenentwicklung inklusive der tariflichen Steigerungen sein soll, ist weltfremd und absurd – es gehört abgeschafft!

Bei steigendem Bedarf: Expansion ausgebremst

Im Bereich der stationären Behindertenhilfe halten wir es nach wie vor für eine inakzeptable Geschäftspolitik des Landschaftsverbandes Westfalen Lippe, uns als Träger – trotz zahlreicher Menschen mit Behinderungen auf unseren Wartelisten – eine Ausweitung des Angebotes zu untersagen. Dagegen haben die großen Komplexträger weiterhin die Möglichkeit über Platzverlagerungen (zumeist leerer Plätze) in die Regionen zu gehen. Da ist die Frage erlaubt: Wem diese Plätze gehören, den Menschen mit Behinderungen oder den Trägern? Wir, die Arbeiterwohlfahrt, haben dazu eine eindeutige Haltung! Die Wunsch- und Wahlfreiheit ist ein hohes Gut, das wir den Menschen mit Behinderungen nicht vorenthalten dürfen.

Verbesserte Lage bei den ambulanten Diensten

Glücklicherweise hat sich die wirtschaftliche Situation der ambulanten Dienste in den vergangenen zwei Jahren entspannt. Bis es zu dieser Verbesserung der Refinanzierungsbedingungen gekommen ist, sind leider einige Unterbezirke und der Kreisverband Siegen-Wittgenstein/Olpe aus diesem Aufgabenfeld ausgestiegen.

Der größtenteils beim Bezirksverband liegende Bereich der stationären Altenhilfe kam in den vergangenen Jahren nicht zur Ruhe. Auf Landesebene werden das neue Altenpflegegesetz und die damit verbundene Durchführungsverordnung zu einer grundlegenden Neuausrichtung führen. Auf Bundesebene wird über die verschiedenen Reformen des Pflegestärkungsgesetzes und die damit verbundene Neustrukturierung etwa der Pflegestufen an weiteren Grundpfeilern unserer wirtschaftlichen Refinanzierung „gebastelt“.

Als wäre das noch nicht genug, wird gleichzeitig wieder über eine Entbürokratisierung der Pflege und weitere Schritte gesprochen. Aus unserer

Sicht sind das alles Schritte in die richtige Richtung. Allerdings darf und muss man kritisieren, dass diese Reformen zeitgleich und eben nicht aufeinander abgestimmt vorangetrieben werden. Wir als Träger müssen gleichzeitig im Zuge dieser Entwicklungen die Wirtschaftlichkeit und die Qualität unserer Arbeit sichern.

Insgesamt können wir stolz sein, dass es uns erneut gelungen ist, bei allen wirtschaftlichen Risiken und Herausforderungen alle unsere Unterbezirke und Tochtergesellschaften wirtschaftlich mit ausgeglichenen Bilanzen zu führen. In Einzelfällen, in denen dies schwierig war, haben wir als Solidargemeinschaft in unserem Bezirk zusammengehalten und insbesondere über kollegiale Beratung und Begleitung geholfen, wieder „ruhiges Fahrwasser“ zu erreichen. Das ist eine Qualität, um die uns manche AWO-Gliederung in Deutschland beneidet.

Integration ist die aktuelle Herausforderung

Eine große gesamtgesellschaftliche Herausforderung stellt die Integration der vielen Flüchtlinge dar, die in den vergangenen Jahren

zu uns gekommen sind und noch kommen werden. Sie in unsere Mitte aufzunehmen und ihnen Perspektiven zu bieten, wird eine unserer künftigen Hauptaufgaben sein. Als AWO stellen wir uns der Verantwortung und engagieren uns auf allen Ebenen – sowohl ehrenamtlich als auch hauptamtlich – dafür, dass Geflüchtete bei uns eine Heimat finden. Wir wehren uns gegen jede Form von Rassismus, gegen rechte Propaganda und Polemik sowie gegen Hass und Hetze und stehen für einen offenen und lösungsorientierten Umgang auch bei unbestreitbar vorhandenen Problemen bei einem Thema dieser Tragweite.

Verantwortung aus Tradition

Die Werte unseres Wohlfahrtsverbandes sind nicht vereinbar mit rechten Parolen, die in unserem Land gerade wieder lauter werden. Wir stehen weiter für Toleranz, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichheit. Ziel unserer Arbeit ist es, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Dieses Handeln steht in einer langen Tradition: 2019 feiert die AWO ihr hundertjähriges Bestehen. Wir freuen uns auf



Perspektiven schaffen für Flüchtlinge, die bei uns Sicherheit suchen – eine große Herausforderung der Zukunft.

ein ganz besonderes Jahr für unseren Wohlfahrtsverband, das ganz im Zeichen unserer Gründerin Marie Juchacz steht. Ihr Engagement und ihr unermüdlicher Einsatz für die Schwachen dienen uns als Vorbild.

Vor diesem Hintergrund bedanken wir uns bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Mitgliedern, Freunden und Förderern der AWO. Insbesondere danken wir den ausscheidenden Funktionsträgern. Wir möchten in diesen Dank aber unbedingt die Vorsitzenden und Vorstände der Unterbezirke, Kreisverbände und Ortvereine einbeziehen. Ohne sie alle gäbe es diese Arbeiterwohlfahrt im westlichen Westfalen nicht. Ihr Vertrauen, ihre Loyalität, die Offenheit für eine part-

nerschaftliche und freundschaftliche Zusammenarbeit beim Eintreten für unsere gemeinsame Sache war für uns hilfreich und notwendig.

- Wir bedanken uns zugleich
- > bei den inzwischen rund 18.000 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unserem Bezirk, einschließlich der verbundenen Unternehmen, bei den Vertrauensleuten, Schwerbehindertenbeauftragten und Betriebsräten.
 - > bei unseren Geschäftspartnern und Förderern, mit denen wir eine gute Zusammenarbeit gepflegt haben und die uns immer unterstützt haben, wenn es galt, die eine oder andere Lücke zu schließen.
 - > bei den vielen Gruppeninitiativen, Vereinen und Ver-

bänden, die als korporative Mitglieder unsere Arbeit begleitet und unseren Blickwinkel erweitert haben.

Wiederum haben wir im Berichtszeitraum zehntausende Menschen beraten, betreut, versorgt und gepflegt. Wir waren und sind nach wie vor bemüht, im Interesse der Menschen unseres Landes Einfluss zu nehmen auf politische Entwicklungs- und Entscheidungsprozesse. Dies werden wir auch in Zukunft tun. Auf weiterhin gute Zusammenarbeit!

Michael Scheffler

Michael Scheffler
– Vorsitzender –

Uwe Hildebrandt

Uwe Hildebrandt
– Geschäftsführer –

Der Vorstand 2012 – 2016



Vorsitzender	Michael Scheffler, MdL	Kreisverband Märkischer Kreis
Stellvertretende Vorsitzende/r	Christian Bugzel Gerda Kieninger, MdL	Kreisverband Recklinghausen Unterbezirk Dortmund
Beisitzer/innen	Wilfried Bartmann Heinz-Peter Drenseck Renate Drewke Peter Eberlein Günter Harms Brigitta Heemann Dirk Homölle Nadja Lüders, MdL Dr. Anna Mazulewitsch-Boos René Röspel, MdB Bernd Tischler Serdar Yüksel, MdL Bernd Zenker-Broekmann	Kreisverband Unna Kreisverband Herne Kreisverband Hagen Kreisverband Siegen-Wittg./Olpe Kreisverband Warendorf Kreisverband Soest Kreisverband Borken Unterbezirk Dortmund Kreisverband Münster Kreisverband Ennepe-Ruhr Kreisverband Bottrop Kreisverband Bochum Kreisverband Gelsenkirchen
Ehrenvorsitzender	Bodo Champignon	Unterbezirk Dortmund
Geschäftsführer	Uwe Hildebrandt	



Mitglieder – Ehrenamt – Verband

Engagement für eine zukunftsweisende Sozialpolitik

Struktur und Organisation

Die Arbeiterwohlfahrt im westlichen Westfalen ist in den Regierungsbezirken Arnsberg und Münster mit ihren ehrenamtlichen Gliederungen flächendeckend präsent. 18 Kreisverbände und der Unterbezirk Dortmund bilden mit ihren rund 300 Ortsvereinen und Stadtverbänden das ehrenamtliche Rückgrat des Verbandes. Mit den insgesamt über 35.000 persönlichen Mitgliedern ist der Bezirk Westliches Westfalen e. V. weiterhin die mitgliederstärkste Gliederung der AWO in Deutschland.

Die Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Westliches Westfalen e. V. nimmt in der Organisationsform des eingetragenen Vereins drei unterschiedliche Aufgaben und Funktionen wahr:

- > Zuerst ist sie ein demokratischer und föderal strukturierter Mitgliederverband, der von ehrenamtlichen Vorständen geführt wird und ehrenamtliche soziale Arbeit in den Regionen organisiert.
- > Zum Zweiten ist sie ein großes, kompetentes Sozialunternehmen mit rund 18.000 Beschäftigten in mehr als tausend Einrichtungen und Diensten.
- > Drittens ist sie Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege in NRW. Sie kooperiert mit der öffentlichen Wohlfahrtspflege und wirkt auf allen Ebenen bei der Sozialplanung mit.

Die Ausübung aller drei Funktionen basiert immer und grundsätzlich auf den Grundwerten des Verbandes: Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit. Immer versteht er sich als sozialpolitischer Interessenvertreter für und mit den Menschen, deren Stimme in unserer Gesellschaft oft zu wenig Gehör findet. Auf der regionalen Ebene werden die hauptamtlichen Einrichtungen und Dienste von zehn Unterbezirken (inklusive dem Kreisverband Siegen-Wittgenstein/Olpe) geführt.

In den vergangenen Jahrzehnten haben die 18 Kreisverbände und der Unterbezirk Dortmund (zum Teil gliederungsübergreifend) ihre hauptamtliche Tätigkeit zusammengeführt. Hieraus entstand eine konzernähnliche Struktur mit dem Bezirksverband als „konzernbeherrschendes Unternehmen“. So konnten zahlreiche Synergien erzielt und wirtschaftliche Krisen vermieden werden. Der zunehmende ökonomische Druck auf die soziale Arbeit in Deutschland kann dazu führen, dass es in den nächsten Jahren zu weiteren Zusammenschlüssen der hauptamtlichen Gliederungen kommen wird.

Mitglieder und Ehrenamt

Die Mitgliederzahlen im westlichen Westfalen sind wie im gesamten Bundesverband weiterhin rückläufig. Konnten am 1. Januar 2012 40.000 Mitglieder gezählt werden, so waren dies am 1. Januar 2015 nur noch 35.000. Das Durchschnittsalter 2014 lag im Bezirk mit 69 Jahren deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 67 Jahren. Der Organisationsgrad (gemessen an der jeweiligen Bevölkerung) lag im Bezirk mit 0,58 Prozent deutlich über den vergleichbaren 0,43 Prozent in ganz Deutschland. Der von den Mitgliedern entrichtete durchschnittliche Monatsbeitrag lag in 2014 bei 2,65 Euro. Diese Summe ist seit mehr als zehn Jahren konstant geblieben.

5.133 neue Mitglieder konnten die Ortsvereine in den Jahren 2012, 2013 und 2014 begrüßen. Der weit überwiegende Teil der Neueintritte in die AWO erfolgt in einem Alter von über 60 Jahren. Das zeigt, dass der Verband für Menschen immer noch attraktiv ist – wenn auch die Bereitschaft zur Mitgliedschaft erst in einer späten Lebensphase wächst. Gleich-

zeitig gingen aber 7.850 Mitglieder verloren. Gut 30 Prozent hiervon sind verstorben, weitere rund acht Prozent sind aus gesundheitlichen oder finanziellen Gründen (meist verbunden mit dem Einzug in eine stationäre Pflegeeinrichtung) ausgetreten.

Die Treue der Mitglieder zu ihrer AWO ist nach wie vor groß. Eine durchschnittliche Mitgliedschaft dauert 17 Jahre. Von 100 Neumitgliedern treten in den ersten drei Jahren der Mitgliedschaft aber auch etwa 25 Prozent wieder aus. Bei den jüngeren Neueintritten (bis 40 Jahre) sind es schon über 30 Prozent. Auch wenn sich die Arbeiterwohlfahrt sicherlich nie zu einer „Jugendorganisation“ entwickeln wird – die Überalterung der Mitgliederstruktur ist jedoch eines ihrer zentralen Probleme. So gab es im ganzen westlichen Westfalen in 2014 lediglich 827 Mitglieder unter 30 Jahren.

Mit dem hohen Durchschnittsalter der Mit-

glieder geht ein zum Teil noch höheres Durchschnittsalter der Funktionsträger in den Ortsvereinen einher. Bei gleichzeitig immer höheren formalen Anforderungen an die Vorstände (Abgabenordnung, Hygieneverordnung etc.) sind immer weniger Menschen bereit, ein Ehrenamt in einem AWO-Ortsverein zu übernehmen oder fortzuführen.

Das hat in den vergangenen Jahren zu zahlreichen Fusionen unter den Ortsvereinen geführt. Die Zahl der Ortsvereine sank im Berichtszeitraum von 314 auf 271. Erfreulich ist, dass kein Kreisverband den Anspruch einer möglichst flächendeckenden Präsenz des Verbandes in der jeweiligen Gebietskörperschaft aufgibt. In den jüngsten Kreisverbandskonferenzen wurden vielfach Beschlüsse gefasst, die nun – nachdem die Bundeskonferenz 2014 hierzu formal den Weg geöffnet hat – eine direkte Mitgliedschaft beim Kreisverband ermöglichen. So



Über 5.000 neue Mitglieder konnten die Ortsvereine in den vergangenen Jahren aufnehmen. Das gesellige Miteinander spielt neben dem bürgerschaftlichen Engagement eine große Rolle.

sollen insbesondere jüngere, berufstätige, auch bei der AWO beschäftigte Menschen angesprochen werden. Unverzichtbar ist jedoch, dass nun für diese Zielgruppen von den Kreisverbänden, in Ergänzung und keinesfalls in Konkurrenz zu den Ortsvereinen, Beteiligungsangebote gemacht werden. Trotz aller genannten, zweifellos nicht nur positiven Entwicklungen führt der Großteil der Ortsvereine ein reges Verbandsleben. Sie sind im besten Fall ein Treffpunkt für die ältere Generation. Sie bieten in einer an persönlicher Kommunikation immer ärmer werdenden Gesellschaft die Möglichkeit der Begegnung. Sie wird oft zum Ausgangspunkt für gelebte Solidarität, Gemeinschaft und Nachbarschaft. Getragen werden diese Aktivitäten von vielen Tausend ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Sie sind das unverzichtbare Gesicht des Mitgliederverbandes AWO vor Ort.

Bürgerschaftliches Engagement

Viele Menschen wollen sich heute allerdings nicht mehr auf Dauer und mit „Haut und Haaren“ an eine Organisation binden. Dieser Trend ist auch in der AWO längst angekommen – alle Kreisverbände und Unterbezirke tragen dem inzwischen Rechnung. Insbesondere seit 2015, als viele Flüchtlinge nach Deutschland kamen, war und ist die Bereitschaft zum beherzten Engagement auch in AWO-Einrichtungen sehr groß.

Der Bezirk erlebt die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Einsatz insbesondere in seinen Seniorenzentren. Rund 2.500 Menschen engagieren sich in diesem Bereich freiwillig. Das Engagement ist so vielfältig wie die Menschen, die es leisten: der Pensionär der einmal in der Woche zwei Stunden aus der Zeitung vorliest; die Hausfrau, die Ausflüge begleitet; Angehörige, die einfach nur für Gespräche da sind; oder ganze Schulklassen,



Der ehrenamtliche Einsatz für andere hat viele Gesichter. Nur zwei von vielen Beispielen: ein musikalischer Nachmittag im Seniorenzentrum und Reibekuchenverkauf für den guten Zweck.

die sich in Projektwochen engagieren. Bei allem gilt: Freiwilliges Engagement wird bei der AWO nie Ersatz für hauptamtliche Arbeit sein (können). Es geht hier eher um zusätzliche Angebote und Aufgaben, die von Kostenträgern nicht ausreichend finanziert werden, die das Leben aber gerade in einem Seniorenzentrum für die Bewohnerinnen und Bewohner lebenswert machen und deshalb unverzichtbar sind.

Lotte-Lemke-Bildungswerk

Die gemeinsame Organisation der Arbeit des Lucy-Romberg-Hauses und des Lotte-Lemke-Bildungswerkes (anerkannt nach dem Weiterbildungsgesetz und dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz NRW), die bereits 2010 beschlossen wurde, hat sich im Berichtszeitraum weiterhin bewährt.

2015 hat der Bezirksvorstand darüber hinaus die Fusion des Lotte-Lemke-Bildungswerkes mit dem REVAG Bildungswerk beschlossen, wobei die fusionierten Bildungswerke den Namen „Lotte-Lemke-Bildungswerk“ tragen. Die aktuelle Satzung des Lotte-Lemke-Bildungswerkes gilt auch für das fusionierte Bildungswerk. Träger des REVAG Bildungswerks war zuvor die Revierarbeitsgemeinschaft für kulturelle Bergmannsbetreuung e. V. Sie hat das REVAG Bildungswerk zum 1. Januar 2015 an den Bezirksverband übertragen.

Seit der Anerkennung als förderwürdiges Bildungswerk durch das Land NRW entwickelt und organisiert das Lotte-Lemke-Bildungswerk bezirkswweit offene Angebote zu unterschiedlichen Themen und Fragestellungen: Seminare für das soziale Ehrenamt und zahlreiche Weiterbildungen und Qualifizierungen für Berufe im Gesundheits- und Sozialwesen. Alle Angebote richten sich an ehrenamtlich engagierte Mitglieder und Interessierte, die in der sozialen

Arbeit vor Ort Verantwortung tragen, sich aktiv engagieren oder den Austausch zu fachlichen und gesellschaftlichen Themen suchen.

In den vergangenen Jahren hat vor allem die Nachfrage nach Veranstaltungen vor Ort zugenommen. Diese Bedarfe greift das Lotte-Lemke-Bildungswerk auf und entwickelt individuelle Seminare für die Gruppen vor Ort. Dies geschieht auch in Kooperation mit den Außenstellen des Bildungswerkes in den Unterbezirken Ruhr-Mitte (Bochum und Herne), Hagen/Märkischer Kreis, Gelsenkirchen/Bottrop, Ennepe-Ruhr und Münsterland-Recklinghausen, die jeweils ein ergänzendes Bildungsprogramm vorhalten.

Weiterhin kooperiert das Bildungswerk mit den Familienbildungswerken der Arbeiterwohlfahrt in Lüdenscheid, Gelsenkirchen/Bottrop und Schwerte und dem Institut für Umwelt- und Zukunftsforschung (IUZ Sternwarte Bochum).

Angebote der beruflichen Bildung

Die zu erwartenden politischen Veränderungen vor allem im Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens prägen und verändern die Anforderungen an die berufliche Fort- und Weiterbildung.

Auch im Bereich der beruflichen Bildung steigt die Nachfrage nach Veranstaltungen vor Ort von Jahr zu Jahr. Mittlerweile organisieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bildungswerkes mehr als 100 Veranstaltungen individuell für die Bedarfe der Einrichtungen vor Ort.

Verband

Die AWO in Deutschland und in NRW

Der Bezirksverband Westliches Westfalen ist Teil der AWO in Deutschland. Er ist stolz



darauf, die größte Verbandsgliederung zu sein. Er ist sich aber auch der daraus resultierenden Verantwortung bewusst. Innerverbandliche Solidarität und Disziplin sind für das westliche Westfalen entscheidend für die Zusammenarbeit im Verband. Nur als bundesweit starke Organisation kann sich die Arbeiterwohlfahrt für die Verwirklichung ihrer Ziele und Werte in unserer Gesellschaft erfolgreich einsetzen.

Gerne übernimmt der Bezirksverband auf Bundesebene deshalb auch personelle Verantwortung: Der Bezirksvorsitzende Michael Scheffler MdL ist stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums der AWO in Deutschland. Der ehemalige stellvertretende Bezirksgeschäftsführer Johannes Schemmann ist Bundesrevisor. Ehrenvorsitzender Bodo Champignon übernimmt Verantwortung im Vorstand von AWO International. Renate Drewke, Mitglied im Bezirksvorstand und Regierungspräsidentin a.D., vertritt den Bezirksverband im Vorstand des Zukunftsforums Familie.

Auch in der Landesarbeitsgemeinschaft der AWO in NRW, die sich aus den vier nordrhein-westfälischen Bezirken zusammen-

setzt, trägt der Bezirk politische, konzeptionelle und personelle Verantwortung. Landesweite politische Interessen werden gemeinsam vertreten.

AG Verbandspolitik des Bezirksvorstandes

Bei seiner Sitzung am 23. Oktober 2014 hat der Bezirksvorstand die Einrichtung einer AG Verbandspolitik beschlossen. Folgende Aspekte wurden thematisiert:

- > die Entwicklung der AWO-Ortsvereine im westlichen Westfalen,
- > die AWO als (sozial)politischer Akteur in Bund, Land und Kommunen,
- > das Zusammenwirken zwischen Verband und Unternehmen,
- > das Verhältnis zwischen ehrenamtlichen und hauptamtlichen Funktionsträgern („Augenhöhe / Kompetenz / Respekt“),
- > das Verhältnis zwischen dem AWO Bezirksverband und dem Bezirksjugendwerk,
- > das Verhältnis zwischen Bezirksverband und den Unterbezirken sowie den Kreisverbänden,
- > die allgemeine Entwicklung der AWO als Mitgliederverband, Sozialunternehmen und politische Interessenvertretung.

Freude am Lernen im Lucy-Romberg-Haus.

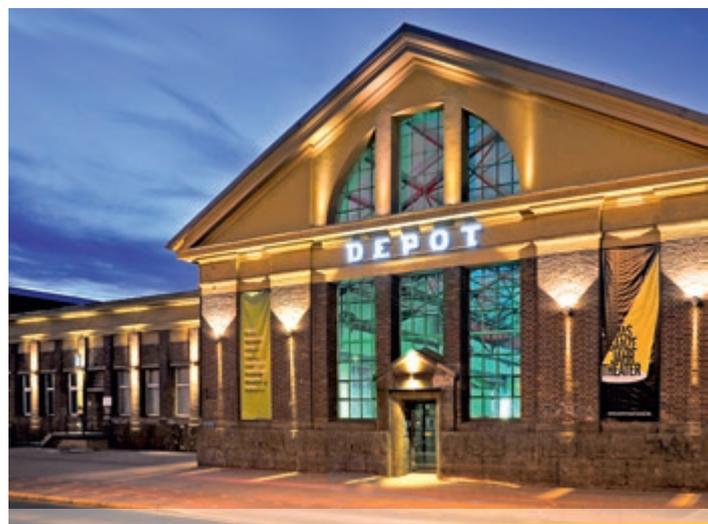
Die AWO knüpft ein breites Band des Willkommens.



Breites Band des Willkommens

Mit einem Aufruf an ihre 35.000 Mitglieder und 18.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Solidarität mit all den Menschen zu zeigen, die heute immer noch auf der Flucht sind und aus Kriegsgebieten zu uns kommen, legte die AWO WW im Oktober 2015 ein klares politisches Bekenntnis ab. „Die aktuelle Situation ist natürlich eine große Herausforderung für unsere gesamte Gesellschaft“, so Geschäftsführer Uwe Hildebrandt in dem Aufruf. „Aber ich bin sicher, dass Kommunen, Länder und der Bund im Zusammenwirken mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft diese Aufgabe bewältigen können.“ In Kooperation mit allen Wohlfahrtsverbänden Deutschlands hat die AWO am 16. Oktober ein „breites Band des Willkommens“ für Flüchtlinge gestartet, um das starke zivilgesellschaftliche Engagement für Flüchtlinge zu unterstützen. Stoff-Armbänder in den Verbandsfarben mit der Aufschrift „Willkommen“

stehen als Symbol für ein tolerantes, weltoffenes und menschliches Deutschland. Auch die AWO im westlichen Westfalen unterstützt mit ihren Aufnahmeeinrichtungen und unzähligen Ehrenamtlichen die Flüchtlinge dabei, ein erstes Ankommen in Deutschland zu bewältigen. Sie sammeln Spenden, unterstützen die Erstaufnahmestellen, unterrichten Deutsch, begleiten Flüchtlinge bei Behördengängen und zeigen so, dass Flüchtlinge in Deutschland willkommen sind. Mit ihrem Engagement setzen sie ein deutliches Signal gegen Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt. Verbunden mit dieser Aktion ermutigt die AWO im westlichen Westfalen ihre Mitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sich gegen Fremdenhass, Intoleranz und rechte Parolen zu positionieren. Michael Scheffler, Vorsitzender der AWO WW erläutert aber auch, warum die Flüchtlingsfrage längerfristig ein politisches Thema bleiben wird: „Flucht endet nicht mit einem Dach über



Beste Stimmung beim Neujahrsempfang der AWO WW 2014 im Musiktheater im Revier in Gelsenkirchen (I). Ein Jahr zuvor hatte die AWO ins Dortmunder Depot geladen.

dem Kopf und einer warmen Mahlzeit. Flucht endet mit Integration: In der KiTa, in der Schule, am Ausbildungs- und Arbeitsplatz und im Gespräch mit neuen Freunden.“

Empfänge und Feste

2013 Dortmund

Am 27. Januar begrüßte der Bezirksverband rund 500 geladene Gäste zum Neujahrsempfang im Kultur- und Nachbarschaftszentrum „Depot“ in der Dortmunder Nordstadt. Festredner war Bundesminister a.D. Franz Müntefering. Die Veranstaltung beschäftigte sich thematisch mit den Herausforderungen einer alternden Gesellschaft. Dazu fand Müntefering klare Worte: „Wir können und müssen den Fortschritt organisieren.“ Der SPD-Politiker nannte als Themen, die es anzupacken gelte, eine altersgerechte Quartiersentwicklung, den systematischen Ausbau von Palliativ- und Hospizdiensten sowie die Professionalisierung

der Pflege. An der Talkrunde mit WDR-Moderator Tom Hegemann nahmen neben Müntefering die Dortmunder Sozialdezernentin Birgit Zoerner, AWO-Geschäftsführer Wolfgang Altenbernd sowie die Trendforscherin Birgit Gebhardt teil, die mit ihrem Buch „2037 – Unser Alltag in der Zukunft“ manchen Denkanstoß gegeben hat.

2014 Gelsenkirchen

Das Musiktheater im Revier (MiR) in Gelsenkirchen war am 9. Februar 2014 Veranstaltungsort des zehnten Jahresempfangs der AWO Westliches Westfalen. Im „schönsten Opernhaus im Revier“ begrüßte Generalintendant Michael Schulz die gut 500 geladenen Gäste, darunter zahlreiche Politiker aus Land und Bund. Gelsenkirchens Oberbürgermeister Frank Baranowski machte in seinem Grußwort auf die Gemeinsamkeiten von AWO und Stadt aufmerksam: „Die AWO ist da, wo es



Im TextilWerk Bocholt 2016: Links AWO WW-Vorsitzender Michael Scheffler, Bundesvorsitzender Wilhelm Schmidt und AWO WW-Geschäftsführer Uwe Hildebrandt. Rechts: Stargast Katja Ebstein.



darum geht, Menschen in besonderen Lebenslagen zu helfen.“ Bezirksvorsitzender Michael Scheffler hatte zuvor in seiner Begrüßungsrede betont: „Wir sind gerne hier, in einer Stadt, deren Gesicht von arbeitenden Menschen geprägt ist.“ Das anspruchsvolle Musikprogramm wurde mit Liedern von Kurt Weill und Bert Brecht und Songs aus den 1920er- und 1930er-Jahren eröffnet. Abgerundet wurde die Veranstaltung von Christa Plätzer und Band mit Ausschnitten aus deren Chanson-Abend „Edith Piaf“.

2016 Bocholt

Veranstaltungsort des Neujahrsempfangs 2016 war die Spinnerei des LWL Industriemuseums TextilWerk in Bocholt. Gut 400 Freunde, Unterstützer, Ehrenamtliche und Freiwillige kamen hier zusammen. Inhaltlich beherrschte das Thema „Flüchtlinge“ die Veranstaltung.

Einen Dialog der Kulturen, keinen Kampf der Kulturen forderte der AWO Bezirksvorsitzende Michael Scheffler in seiner Begrüßungsrede. „Wir verlangen im gesellschaftlichen Diskurs eine Rückkehr zur Sachlichkeit“ betonte er. Besonderes Lob verdienten, so Scheffler, die AWO Gliederungen, in denen sich Haupt- und Ehrenamtliche engagieren, um Geflüchteten das Ankommen in der Region zu erleichtern. Wilhelm Schmidt, der Vorsitzende des Präsidiums der AWO in Deutschland, äußerte sich in einer Talkrunde: „Die AWO ist der Verband der Integration. Wir wissen seit 50 Jahren, wie Migrationsarbeit läuft. Wir sind der Verband mit den meisten dieser Angebote.“ Von der Politik verlangte er klare Signale und finanzielle Mittel: „Wir fordern den Finanzminister, die Bundeskanzlerin aber auch den SPD-Vizekanzler auf, sich zügig auf ein Kon-

zept zu verständigen, und dafür zu sorgen, dass die Menschen draußen wieder Vertrauen finden in die Bundes- und Finanzpolitik.“ Neben Wilhelm Schmidt nahmen Björn Wunderwaldt vom Kreisjugendwerk Dortmund und Margret Förster vom AWO-Ortsverein Breckerfeld an der Gesprächsrunde teil. Der 19-jährige Student Wunderwaldt ärgerte sich über die aktuelle Hetze und ausufernde Hasstiraden in den sozialen Medien. Das Jugendwerk setzt sich aktiv gegen Rechts extremismus ein. Darüber und über die weiteren Aktionen und Aktivitäten konnten sich die Gäste an einem Stand des Jugendwerks im Foyer informieren.

Vom freiwilligen Einsatz für Flüchtlinge in Breckerfeld berichtete Margret Förster: Dort richte man gerade einen kostenlosen Hot Spot für Flüchtlinge ein. „Das Smartphone verbindet die Menschen mit Zuhause und mit der Familie, die oft noch irgendwo auf der Flucht ist.“ Der Empfang endete mit dem Auftritt von Katja Ebstein, die Auszüge aus ihrem Programm „Na und? Wir leben noch!“ präsentierte. Texte und Lieder von Bertolt Brecht, Heinrich Heine, Hannes Wader und Konstantin Wecker zeigten die vielen Facetten der Sängerin. Ihr Vortrag endete mit dem klaren Statement der Künstlerin: „Hass und Rache führen nur zu Krieg. Ich setze auf die Liebe – Schluss!“

Familienfest Soest 2013

Alle vier Jahre trifft sich die „AWO-Familie“ zu einer Großveranstaltung an einem Ort im Einzugsgebiet des Bezirksverbandes. Die von zahllosen Fachwerkbauten und Kirchen geprägte, malerische Altstadt von Soest war diesmal Schauplatz der traditionellen Veranstaltung. Nach der denkwürdi-

gen 90-Jahre-Feier 2009 in Dortmund fand das Familienfest der AWO am 13. und 14. September 2013 natürlich in einem etwas kleineren Rahmen statt. Das hielt aber keinen der mehreren tausend Besucher davon ab, sich über die AWO zu informieren, das Programm auf Haupt- und Kinderbühne zu besuchen und die kulinarischen Angebote zu genießen. Mehr als 50 Gliederungen, Projekte und Geschäftspartner präsentierten in der Fußgängerzone und auf den großen Plätzen sich und ihre Arbeit. Besonderen Raum nahmen die örtliche AWO aus der Stadt und dem Unterbezirk HSK/Soest ein. Sie stellten ihre ehrenamtlichen Angebote wie ihre Seniorenreisen vor, aber auch ihre Kindergärten, Migrationsdienste und Beratungsangebote. Die weiteste Anreise hatten das Zukunftsforum Familie und AWO International. Die beiden „Töchter“ des AWO-Bundesverban-

des kamen aus Berlin und informierten über ihre Arbeit in Deutschland und in der Welt. Überdies war der Bezirksverband mit einem großen Teil seiner Angebote vertreten: Die 58 Seniorenzentren, die Mutter-Kind-Einrichtungen an Nord- und Ostsee, die Fachseminare für Altenpflege, das Demenz-Hotel „Landhaus Fernblick“ aus Winterberg und die Stiftung „Leben im Alter“ zeigten, dass bei der AWO immer der Mensch im Mittelpunkt steht. Nach der offiziellen Eröffnung des Familienfestes durch Bürgermeister Dr. Eckhard Ruthemeyer führte Tom Hegermann vom WDR gewohnt souverän durch die Talkrunden auf der Hauptbühne. Neben Norbert Römer, Vorsitzender der SPD Westliches Westfalen und der SPD-Landtagsfraktion, verfolgten Minister Guntram Schneider und Ministerin Ute Schäfer die Veranstaltung. Daneben konnten auch MdB Wolfgang Hellmich und die Europa-Abgeordnete Birgit



Das Familienfest der AWO in Soest 2013 begeisterte alle Generationen mit einer bunten Mischung aus Geselligkeit, Unterhaltungsprogramm und Polit-Talk.



Ein großer Erfolg: die AWO-Aktionswoche 2015.

Sippel begrüßt werden. Die Höhepunkte des Bühnenprogramms waren am Freitagabend die 60-er Jahre Funk und Soul Band „Komm´ Mit Manns“ und am Samstagabend das Spektakel aus Comedy, Kabarett und kohlschwarzer Komik „Der Geierabend“. Die Organisation des Kinderfestes übernahmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den KiTas der Region sowie das AWO-Jugendwerk.

Aktionswoche 2015

Im Juni 2015 fand unter dem Titel „Echtes Engagement. Echte Vielfalt. Echt AWO.“ die erste Aktionswoche der AWO in Deutschland statt. Bundesweit zeigte der Verband, wer die AWO ist und welche wichtige Rolle sie vor Ort spielt. Mit mehr als 150 Veranstaltungen haben sich alle Regionen und die unterschiedlichsten Einrichtungen im westlichen Westfalen an der Kampagne beteiligt und so ihrem Motto Leben eingehaucht.

„Für den großen Einsatz und das Herzblut, mit dem ehren- und hauptamtliche Engagierte das Gelingen der Aktionswoche möglich gemacht haben, möchten wir uns bedanken“, schrieb Bundesvorsitzender Wolfgang Stadler allen AWO-Gliederungen in Deutschland. Bezirksvorsitzender Michael Scheffler und Bezirksgeschäftsführer Uwe Hildebrandt stellten fest: „Das war Spitze. Die AWO ist in unserer Region unverzichtbar. Darauf können wir alle gemeinsam stolz sein.“

AWO gegen Rassismus

Zur Erinnerung an das „Massaker von Sharpeville“ erklärten die Vereinten Nationen 1966 den 21. März zum Gedenktag: zum Internationalen Tag gegen Rassismus. Gewalt-

sam löste die Polizei des südafrikanischen Apartheid-Regimes 1960 eine friedliche Demonstration schwarzer Südafrikanerinnen und Südafrikaner auf. 69 Tote und zahllose Verletzte waren die Folge dieses Verbrechens. Der AWO-Bundesverband rief vor diesem Hintergrund 2014 alle ehrenamtlich und hauptamtlich Tätigen in ganz Deutschland auf, sich an diesem Gedenktag aktiv zu beteiligen. 75.000 Mitglieder und Beschäftigte versammelten sich daraufhin bundesweit um fünf vor zwölf symbolträchtig zu Demonstrationen. Mit Aktionen in Gliederungen und Einrichtungen wurde an diesem Tag ein für die Öffentlichkeit sichtbares Zeichen gesetzt: Für gesellschaftliche Vielfalt und gegen jede Form von rassistischer Gesinnung. Allein in der Mitarbeiterschaft der AWO WW spiegelt sich beispielsweise die Vielfalt unserer Gesellschaft wider: 18.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus über 70 Nationen arbeiten unter dem Dach des Bezirksverbandes.

Leider sind Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und rechtsextreme Gewalt gesellschaftliche Erscheinungen, die in Deutschland immer wieder deutlich zu beobachten sind. Rechtes Gedankengut manifestiert sich in Worten und Sprache, im Denken und schließlich in Taten. Vorurteile und Ressentiments gegenüber Menschen anderer Hautfarbe, anderer Religion, anderer sexueller Ausrichtung haben die Mitte unserer Gesellschaft erreicht und begründen heute eine Art „Alltagsrassismus“. Die Angst vor „Überfremdung“ wird von verschiedenen Seiten geschürt und somit eine latent vorhandene Fremdenfeindlichkeit genutzt und instrumentalisiert. Die AWO spricht sich klar und deutlich gegen jede Form von Rassismus



aus. Die Arbeiterwohlfahrt steht für Demokratie und die Wahrung der Menschenrechte: Solidarität, Toleranz, Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit sind für die AWO Grundlagen des Denkens und Handelns seit ihrer Gründung – und in Zeiten ihres Verbots während des NS-Regimes.

Fachtagung „Familie in Zeiten des demografischen Wandels“

Auf Initiative der AWO wurde 2002 das Zukunftsforum Familie (ZFF) gegründet. Der familienpolitische Fachverband setzt sich für die Interessen von Familien ein und kämpft für soziale Gerechtigkeit in der Familienpolitik. Im Juni 2014 fand in Gelsenkirchen die gemeinsam vom ZFF und Bezirksverband getragene Fachtagung „Familie in Zeiten des demografischen Wandels“ statt. Die Veranstaltung befasste sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Familie, mit den Veränderungen der Lebens- und Sozialräume und der Versorgungsstrukturen. Thematisiert wurden auch die Herausforderungen für die Sozialsysteme sowie die Chancen, die diese Veränderungen mit sich bringen. Der ehemalige Bundesminister Franz

Müntefering eröffnete die Tagung mit seinem Vortrag „Mit neuem Mut – Die Demografiestrategie weiterdenken.“ Die Politik ist gefordert, Antworten auf den demografischen Wandel zu finden.

Stiftung „Leben im Alter“

Die Stiftung setzt ihre erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre weiter fort. Durch Spendenaktionen, besonders bei den AWO-Geschäftspartnern, konnte das Stiftungsvermögen auf über 363.000 Euro gesteigert werden. Die Jahreserträge wurden im Wesentlichen für Projekte in den Seniorenzentren des Bezirksverbandes eingesetzt. Im Berichtszeitraum wurden 31.000 Euro ausgeschüttet. Den Bürgerpreis der Stiftung in Höhe von 3.000 Euro erhielt im Oktober 2012 die AWO-Wohnstätte Buschhütten im Kreisverband Siegen-Wittgenstein/Olpe. Das Team der Wohnstätte wurde für die Entwicklung neuer Formen der Betreuung älterer, in den Ruhestand gewechselter Bewohner ausgezeichnet. Entstanden ist ein Konzept, das den an körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderungen leidenden Bewohnern eine sinnvolle Tagesbeschäftigung bietet.

AWO gegen Rassismus – zahlreiche Einrichtungen setzten mit Aktionen ein deutliches Zeichen.



Interessen von Familien sind ein wichtiges Thema in der AWO.

Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege

Der Bezirksverband ist einer von 17 Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege in NRW. Basierend auf dem Grundprinzip der Subsidiarität erbringen die Wohlfahrtsverbände umfassende Leistungen der Daseinsvorsorge für die Menschen in unserem Land. Sie leisten dies in Zusammenarbeit und Abstimmung mit der öffentlichen Hand und zunehmend in Konkurrenz zu privaten, gewinnorientierten Anbietern. Die AWO scheut diese Konkurrenz nicht, solange ihr ein an der Qualität der Leistungserbringungen orientierter Wettbewerb zugrunde liegt. Einen Wettbewerb in der Daseinsvorsorge, der ausschließlich preisorientiert ist, lehnt der Bezirksverband ab. Er erwartet weitere kontroverse Debatten über die Ausgestaltung des Wettbewerbsrechts und der Vergabeordnung in Deutschland. Als gemein-

nütziger, nicht gewinnorientierter Anbieter sozialer Dienstleistungen sieht die AWO die Menschen, die diese Leistungen in Anspruch nehmen (müssen), als Partner auf Augenhöhe. Die AWO verteilt keine Almosen; sie hilft bei der Realisierung von Rechtsansprüchen. Sie bietet ihre Werte als Orientierung an und leistet Hilfe zur Selbsthilfe. Sie versteht sich als Partner des Staates und der Kommunen bei der Weiterentwicklung des Sozialwesens in NRW. In den Gremien der Freien Wohlfahrtspflege übernimmt der Bezirk turnusmäßig personelle und inhaltliche Verantwortung in Vorstand, Hauptausschuss und Mitgliederversammlung. Ein Schwerpunkt ist der Arbeitsausschuss Pflege, Gesundheit und Alter. Seit mehr als zwei Jahrzehnten liegt der Vorsitz im Bezirksverband WW. 2015 hat Uwe Hildebrandt diese Funktion von Vorgänger Wolfgang Altenbernd übernommen.



Die AWO – eine starke Stimme für die Schwachen und Hilfsbedürftigen der Gesellschaft, die Gehör findet.

Korporative Mitglieder

Der Arbeiterwohlfahrt eng verbunden

Neben der persönlichen Mitgliedschaft bei der Arbeiterwohlfahrt besteht seit 1965 für soziale, kulturelle und sozialpolitische Initiativen die Möglichkeit, korporatives Mitglied der AWO zu werden. Jede gemeinnützige Personen-/Interessengemeinschaft kann – unabhängig von ihrer Rechtsform – der AWO als korporatives Mitglied beitreten.

Der Bezirksverband Westliches Westfalen e. V. hat derzeit 27 korporative Mitglieder:

- > AW Kur und Erholungs GmbH
44139 Dortmund, Kronenstraße 63 - 69
- > AW Versorgungs GmbH
44139 Dortmund, Kronenstraße 63 - 69
- > AWO Direkthilfe West-Münsterland
46399 Bocholt, Drostenstraße 1
- > AWO Service GmbH
45881 Gelsenkirchen, Grenzstraße 47
- > Bildung und Lernen – gem. Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH
59174 Kamen, Unnaer Straße 29a
- > bobeq GmbH – Bochumer Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH
44807 Bochum, Herzogstraße 36
- > BüRe GmbH
48155 Münster, Kesslerweg 11
- > DasDies Service GmbH
59174 Kamen, Unnaer Straße 29a
- > Dialog zum Wohle des Kindes Ruhrgebiet e. V.
45888 Gelsenkirchen, Auf dem Dreisch 1
- > dobeq GmbH – Dortmunder Bildungs-, Entwicklungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH
44135 Dortmund, Klosterstraße 8 - 10
- > Förderverein des Hans-Georg-Vitt-Seniorenzentrums der AWO
57223 Kreuztal, Ziegeleifeld 9
- > Freunde für Russland e. V.
44329 Dortmund, An der Hordelwiese 8
- > Fritz-Fries-Seniorenzentrum (Förderverein)
57074 Siegen, Rosterstraße 186
- > GAD Gesellschaft für Arbeit und soziale Dienstleistungen mbH
44135 Dortmund, Klosterstraße 8 - 10
- > Münsteraner Dienstleistungs Service gGmbH
48155 Münster, Kesslerweg 42 - 44
- > Naturfreunde Deutschlands – Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.
58239 Schwerte, Ebberg 1
- > Papilio e.V.
86156 Augsburg, Ulmer Straße 94
- > PAREA gGmbH gemeinnützige Gesellschaft für soziale Dienstleistungen
48268 Greven, Bismarckstraße 34
- > Progressiver Eltern- und Erzieherverband NRW (PEV) e. V.
45888 Gelsenkirchen, Hohenstaufenallee 1
- > REBEQ GmbH
45699 Herten, Hans-Senkel-Platz 1
- > Siegener Recycling Werkstätten gem. GmbH
57074 Siegen, Eisenhüttenstraße 28
- > Verein zur Förderung der Wiedereingliederung Drogenabhängiger (FVWD) e. V. – Projekt LÜSA
59425 Unna, Plantanenallee 3
- > Verein zur Förderung der zeitgemäßen Lebensweise Kreis Münsterland e. V.
48249 Dülmen, Tiberstraße 21
- > Vivawest Nachbarschaftshilfe e. V.
44536 Lünen, Rudolfstraße 10
- > Werkstätten der AWO Dortmund GmbH
44147 Dortmund, Lindenhorster Straße 38
- > Westfalenfleiß GmbH – Arbeiten und Wohnen
48155 Münster, Kesslerweg 42 - 44
- > ZMO Landesverband Nordrhein-Westfalen
50354 Hürth, Graf-Stauffenberg-Straße 11

Die AWO im westlichen Westfalen



Im Bezirksverband Westliches Westfalen engagieren sich rund 35.000 Mitglieder ehrenamtlich.



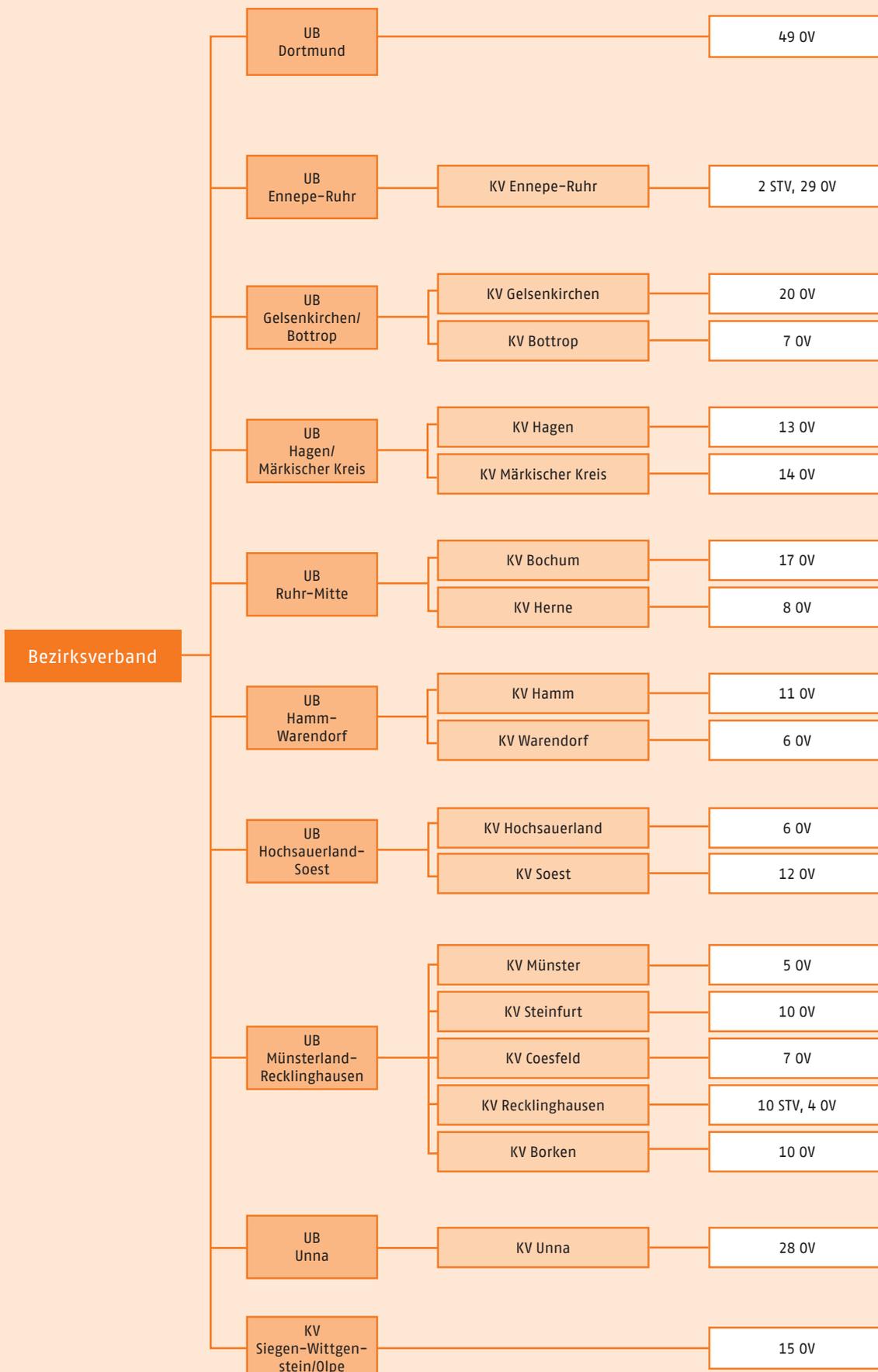
Die AWO betreibt 58 Seniorenzentren im westlichen Westfalen.

Über 18.000 Frauen und Männer sind im AWO-Bezirksverband Westliches Westfalen hauptberuflich aktiv.

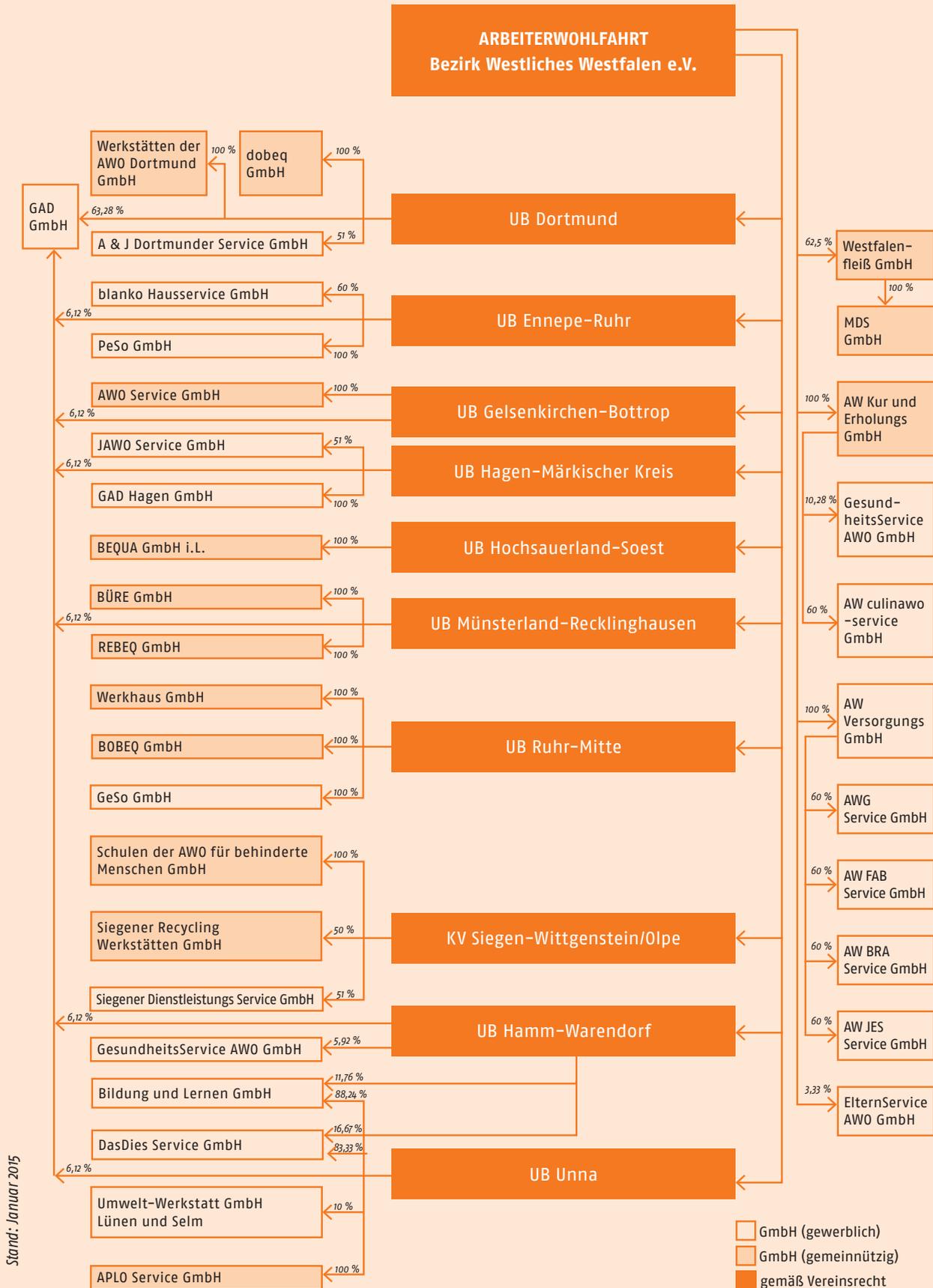


290 Kitas im westlichen Westfalen sind in Trägerschaft der AWO.

Der Mitgliederverband

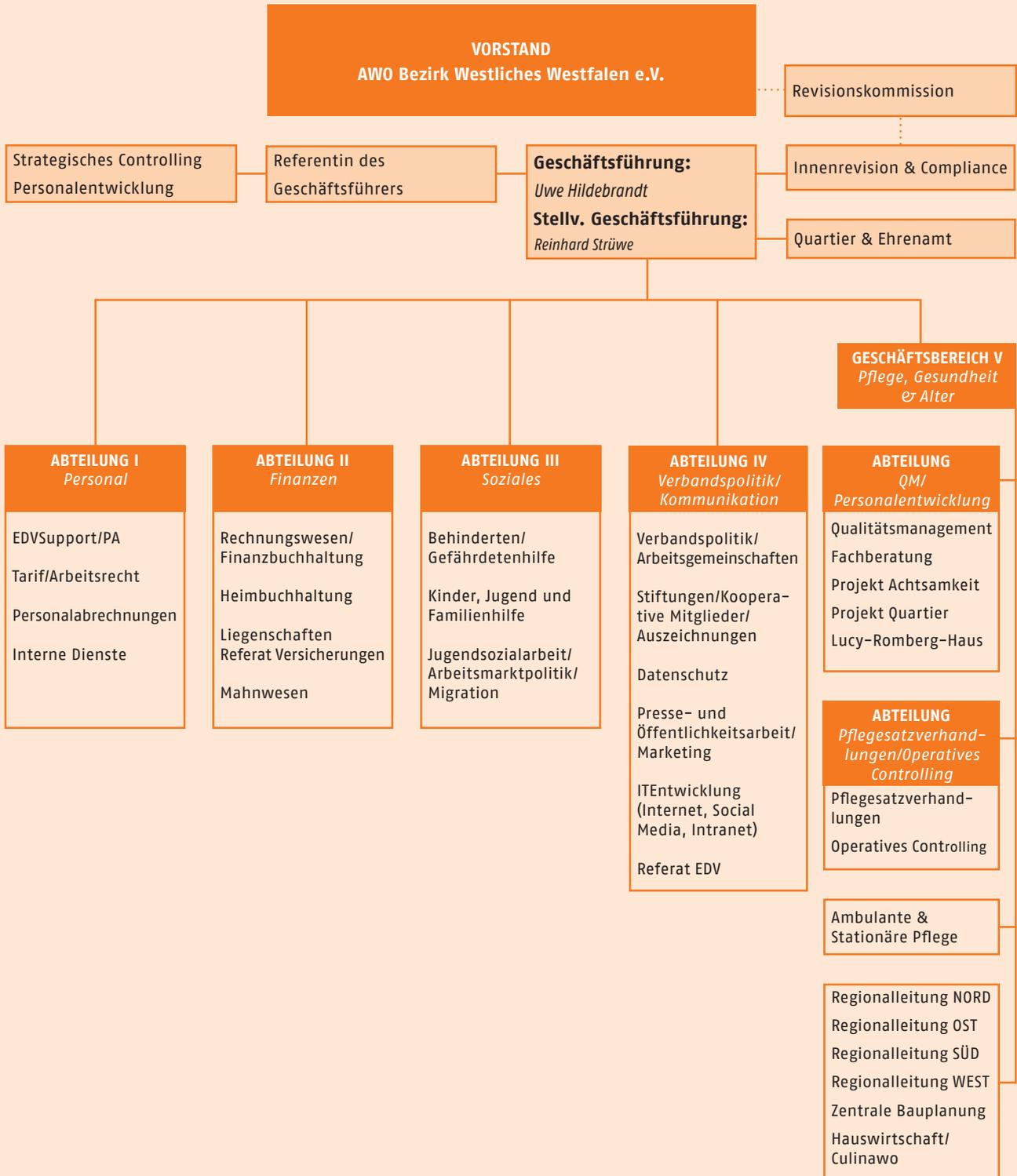


Das Sozialunternehmen AWO WW



Stand: Januar 2015

Die Bezirksgeschäftsstelle





**Personal – Finanzen –
Gesellschaften**

Einer der wirklich kraftvollen Anbieter sozialer Dienstleistungen

Finanzen

Die Arbeiterwohlfahrt Bezirk Westliches Westfalen ist die größte, rechtlich eigenständige Gliederung der Arbeiterwohlfahrt in Deutschland und einer der großen Anbieter sozialer Arbeit. Zweck und Betätigungsschwerpunkt ergeben sich aus seiner Satzung und den Richtlinien der Arbeiterwohlfahrt und erstrecken sich im Grundsatz auf alle Bereiche der sozialen Arbeit.

Der engere Tätigkeitsschwerpunkt des Bezirksverbandes liegt im Bereich der stationären Altenpflege. Der Bezirksverband unterhält insgesamt 58 Seniorenzentren mit rund 7.000 Plätzen, 1.140 Altenwohnungen, ein Bildungswerk, eine Altenpflegeschule mit mehreren Außenstellen sowie eine Einrichtung für Sport und Erholung für Senioren und Menschen mit Behinderung. Daneben sind sieben Kur- und Erholungseinrichtungen an die AW Kur- und Erholungsgesellschaft mbH sowie ein Hotel nebst Ferienwohnungen und eine Schulungs- und Bildungseinrichtung an die AW Versorgungsgesellschaft mbH vermietet.

Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Rahmenbedingungen für soziale Arbeit sind einem permanenten Wandel unterworfen. Der Pflegemarkt stand in den vergangenen vier Jahren unter einem weiterhin großen Konkurrenzdruck. Ein zu großes Angebot an stationären Pflegeplätzen sorgt seit mehreren Jahren branchenweit für eine verschärfte Wettbewerbssituation mit einem (Verdrängungs-) Wettbewerb insbesondere mit privaten Anbietern. Unter Kostengesichtspunkten ist eine immer stärkere Verdichtung der Arbeit die Folge. Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen konnte

sich die AWO im westlichen Westfalen 2014 durch eine hervorragende Qualität sowie ein gutes Belegungsmanagement erfolgreich im Markt behaupten.

Wachstumsmarkt

„Stationäre Altenhilfe“

Das Kerngeschäftsfeld „Stationäre Altenpflege“ gilt aufgrund der steigenden Zahl der älteren Menschen in Folge der demografischen Entwicklung und des weiter damit verbundenen steigenden Bedarfs an Dienstleistungen in den nächsten Jahren als Wachstumsmarkt. Der Bezirksverband geht davon aus, dass sich das auch weiterhin positiv auf die Auslastung der stationären Altenpflegeeinrichtungen auswirken wird.

Anfang Oktober 2014 hat die Landesregierung das „Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demografiefesten, teilhabeorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen“ (GEPA NRW) verabschiedet. In diesem Zusammenhang trat auch die „Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes NRW“ (APG DVO NRW) mit weitreichenden Änderungen bei den Investitionskosten in der stationären Altenhilfe in NRW in Kraft. Die ohnehin schon schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen in der stationären Altenhilfe in NRW werden sich mit diesen geänderten gesetzlichen Vorgaben noch einmal deutlich verschlechtern.

Auch die Rahmenbedingungen für die Refinanzierung von Investitionskosten wurden durch den Gesetzgeber verändert. Sie unterscheidet sich jetzt von den bisherigen Regelungen dadurch, dass weitgehend auf Ver-



Ein Kerngeschäftsfeld der AWO ist die stationäre Altenhilfe.

trauensschutz und Besitzstandswahrungen verzichtet wird. Es wird künftig eine engere Zweckbindung der gewährten investiven Finanzierungsmittel geben. Bisher übliche und sinnvolle Pauschalen werden, hergeleitet aus einem BSHG Urteil, durch das sogenannte „Tatsächlichkeitsprinzip“ ersetzt. Hieraus ergibt sich eine einseitige und nicht gerechtfertigte Risikoverlagerung im Bereich der stationären Pflege zu Lasten der Träger.

Zur Kompensation des Unternehmerrisikos im Pflegesatz, wird es deshalb notwendig sein, sobald das Gesetz in NRW Anwendung findet, in den Pflegesatzverhandlungen Gewinn- und Risikozuschläge zu verankern, wie sie das Bundessozialgericht zugiebilligt hat. Ob das Land, gemeinsam mit den beiden in der verwaltungstechnischen Umsetzung beteiligten Landschaftsverbänden, in der Lage sein wird, den Zeitplan zur Anwendung und Umsetzung des Gesetzes einzuhalten, ist bereits heute mehr als fraglich.

Selbstverständlich arbeitet der Bezirksverband überdies zur optimalen Nutzung aller Marktchancen und Verbesserung der internen Abläufe weiterhin kontinuierlich an einer Optimierung der Ressourcen und betriebswirt-

schaftlichen Potenziale sowie einem kundenorientierten Dienstleistungsangebot.

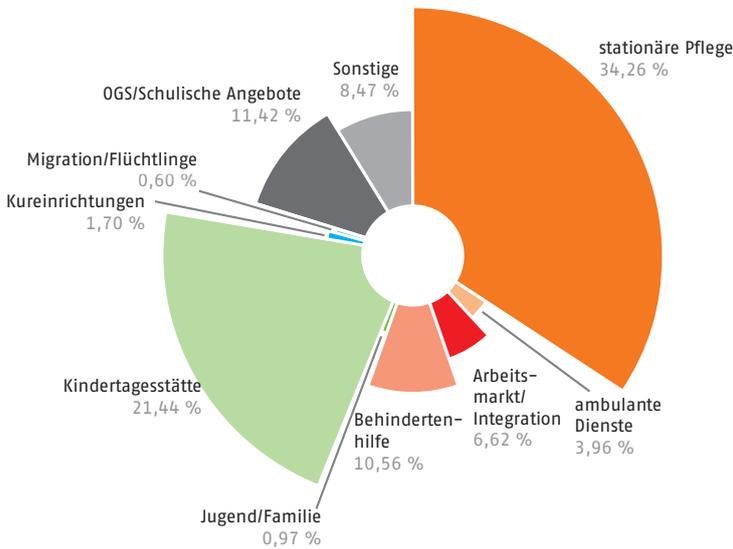
Investitionen

Die AWO Westliches Westfalen wird weiter in die Modernisierung ihrer Einrichtungen investieren, deren Attraktivität in diesem stark umkämpften Markt erhöhen und sich mit differenzierten Konzepten zur Betreuung der Bewohner von den Mitbewerbern positiv abheben. Durch verschärfte Gesetze und Verordnungen sowie behördliche Auflagen (insbesondere beim Brandschutz) ist die AWO Westliches Westfalen gezwungen, ständig in die Infrastruktur ihrer Einrichtungen zu investieren.

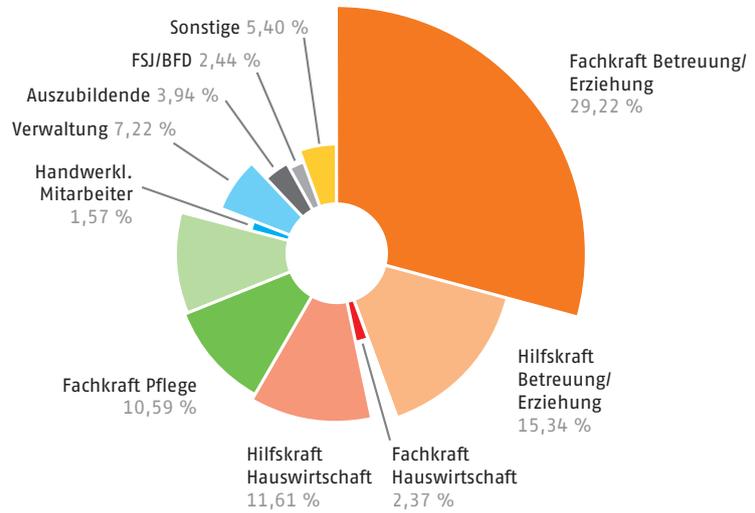
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: steigende Zahlen bei hoher Qualität

Die Arbeiterwohlfahrt Bezirk Westliches Westfalen e. V. hat den Trend der vergangenen Jahre fortgeschrieben und mit inzwischen über 18.000 Mitarbeitern (Stand: November 2015) einen vorläufig neuen Höchststand erreicht. Der Ausbau der bestehenden Geschäftsfelder führt insgesamt zu einem gesunden Wachstum.

Anteil Arbeitsstunden nach Geschäftsbereichen



Anteil Arbeitsstunden nach Qualifikation



Der Bezirksverband beschäftigt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus 78 Nationen. Mit ca. 83,6 Prozent sind Frauen in unseren Einrichtungen deutlich überrepräsentiert, im Bereich der Kindergärten sogar mit ca. 94,7 Prozent. Im Bereich der Leitungsfunktionen (ab Entgeltgruppe 10) ist der Geschlechteranteil ausgeglichener.

Qualifikationsniveau steigt beständig

Angesichts der dynamischen Veränderungen in der Sozialwirtschaft sowie der komplexer werdenden Anforderungen der Kunden ist ein hohes Qualifikationsniveau der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unerlässlich. Die Arbeiterwohlfahrt Bezirk Westliches Westfalen verfügt über ein qualifiziertes und seit vielen Jahren zertifiziertes Qualitätsmanagement sowie ein umfangreiches Weiterbildungsprogramm, um fachliche, persönliche und methodische Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewährleisten.

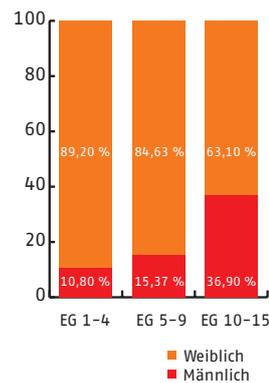
Mit der Etablierung eines Personalentwicklungsprogramms stellt der Bezirksverband die Weichen, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nachhaltig entsprechend den Anforderungen und Bedarfsprofilen in unseren Ein-

richtungen zu qualifizieren, zu fördern und auszubilden.

Zukunftssicher aufstellen

Während die oben genannten Änderungen gerade erst beginnen, konnten die Herausforderungen des Mindestlohngesetzes und des Ersten Pflegestärkungsgesetzes bereits gemeistert werden.

In diesem Rahmen konnte das Angebot von zusätzlichen Betreuungsleistungen für demenzerkrankte Bewohner ausgebaut werden. Seit 2015 wurde der Kreis der Begünstigten auf alle Bewohner mit zusätzlichem Betreuungsbedarf erweitert, sodass sich die Betreuungsassistenten zu einer festen Größe in den Altenpflegeeinrichtungen etabliert haben und tatkräftig die Pflege und den Sozialen Dienst unterstützen. Bisher konnten rund 500 neue Arbeitsplätze in diesem Bereich geschaffen werden. Aufgrund der Tarifbindung der Arbeiterwohlfahrt Bezirk Westliches Westfalen e.V. sowie des seit dem 15. Juli 2010 bestehenden Branchenmindestlohns in der Pflege hatte die Einführung des allgemeinen Mindestlohns zum 1. Januar 2015 keine wirtschaftlichen Auswirkungen auf die AWO-Betriebe.

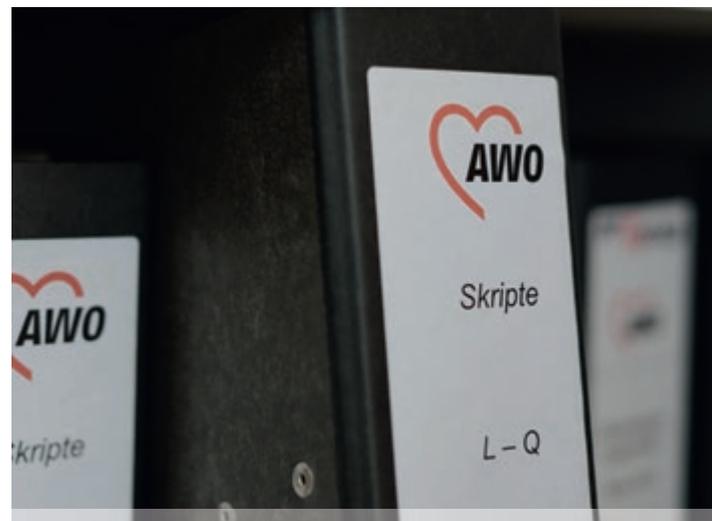


Auch in den vergangenen Jahren wurde die Arbeiterwohlfahrt Bezirk Westliches Westfalen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht und hat sich als wichtiger Ausbildungsbetrieb in allen Geschäftsfeldern bewiesen. Flankiert von einer Neuregelung der Refinanzierung der Altenpflegeausbildung zur Begegnung des drohenden Fachkräftemangels, konnte die Anzahl der Auszubildenden auf rund 700 Plätze über alle Bereiche erneut gesteigert werden. Kooperationen mit Hochschulen und neue Formen der Ausbildung runden das Angebot ab. Gleichzeitig wurde der Freiwilligendienst stetig ausgebaut, um Menschen aller Altersgruppen berufliche Orientierung zu bieten und eine Brücke zur Arbeitswelt zu bauen. Insgesamt waren zuletzt über 440 Menschen im Freiwilligen Sozialen Jahr oder Bundesfreiwilligendienst beschäftigt. Mit Einführung einer AWO-weiten Stellenbörse konnte das Verfahren für Bewerber erheblich

vereinfacht und vereinheitlicht werden. Die Teilnahme an Jobmessen im Einzugsgebiet hat sich dagegen als weniger erfolgreich erwiesen als erhofft, sodass sich der Schwerpunkt der Bewerberansprache auf andere Kommunikationskanäle verlagerte. So wurden adressatengerechte Flyer für die Ansprache von Betreuungsassistenten entwickelt. Die Jahre 2012 und 2014 waren von langwierigen und konfliktbeladenen Tarifverhandlungen mit der Gewerkschaft ver.di geprägt. Zuletzt konnte ein tragfähiger Kompromiss erzielt werden, der weiterhin gute Arbeitsbedingungen für die AWO-Beschäftigten sichert.

**AW Kur und Erholungs GmbH:
breit gefächertes Angebot für die Menschen**

In den Einrichtungen der AW Kur und Erholungs GmbH, einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft des AWO Bezirksverbandes Westliches Westfalen, arbeiten über 200



Weiterbildung gewinnt für die Mitarbeiter angesichts einer sich dynamisch entwickelnden Gesellschaft und immer komplexeren Anforderungen an Bedeutung.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter interdisziplinär mit unterschiedlichen Erfahrungen und Fähigkeiten gemeinsam an einem Ziel: Menschen in besonderen Lebenssituationen zu unterstützen. Das gilt für Mütter, Väter und Kinder, die unsere Eltern-Kind-Kurkliniken und Gästehäuser in Großenbrode, Zingst und Norderney besuchen genauso, wie für die Gäste unserer Erholungseinrichtungen für pflegende Angehörige und Demenz-Erkrankte an den Standorten Winterberg und Großenbrode. Sie alle finden ein passgenaues Angebot von hoher Qualität.

Der Geschäftsbericht der AW Kur und Erholungs GmbH für die Jahre 2012 bis 2016 spiegelt das äußerst vielfältige Geschehen in der Kliniklandschaft wider. Bei der Arbeit in den Reha- und Vorsorgeeinrichtungen wird das Unternehmen oft mit Problemen konfrontiert, die aus Missständen in Teilen unserer Gesellschaft resultieren.

Der demografische Wandel geht mit einem stetigen Rückgang von Mehrgenerationenhaushalten einher. Zeitgleich steigt die wirtschaftliche Unsicherheit bei einem zunehmend härter werdenden Arbeitsmarkt mit Arbeitsverdichtung, befristeten Arbeitsverhältnissen und unregelmäßigen Arbeitszeiten. Hinzu kommt immer öfter die ebenfalls häufige Verantwortung für die Pflege naher Angehöriger. Das sind drei Beispiele für zahlreiche belastende Faktoren des Einzelnen.

Die Teams der jeweiligen Einrichtungen stellen sich auf diese neuen Faktoren ein; jeder lässt seine Fachlichkeit und seine Stärken in den therapeutischen Prozess einfließen. So fühlen sich jährlich über 7.800 Gäste und Patienten gut aufgehoben und versorgt. In unseren Häusern werden neue Lebensentwürfe kreiert, die Lebenswege für Rat und Hilfe suchende Menschen verändert.



Erholung und Entlastung für alle Generationen bieten die Angebote der Kur und Erholung GmbH – eine Tochter der AWO.

Vorsorge und Rehabilitation

Eltern-Kind-Kurmaßnahmen

Eltern-Kind-Maßnahmen nach den Paragraphen 24 und 41 Sozialgesetzbuch V sind stationäre Leistungen der medizinischen Vorsorge und Rehabilitation und gehören seit 2007 als Pflichtleistungen zum Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Grundsätzlich haben alle Frauen und Männer in Familienverantwortung Anspruch auf eine medizinische Vorsorge- oder Rehabilitationsmaßnahme nach § 24 und § 41 SGB V, wenn diese medizinisch indiziert und die Notwendigkeit der Maßnahme ärztlich attestiert ist. Seit dem Start der neuen Begutachtungsrichtlinie im Jahr 2012 hat es deutlich weniger Widersprüche bei den Kuranträgen gegeben. Das sorgt bis heute dafür, dass die Kureinrichtungen bereits zum Jahreswechsel bis in den Herbst hinein gut belegt sind.

Etwas Besonderes bietet die AW Kur und Erholungs GmbH in ihrer Einrichtung „Haus am Meer“ in Zingst an. Das Angebot „Familien stärken“ funktioniert nicht wie eine klassische Kur, in der entweder Mutter bzw. Vater mit Kind behandelt werden. Hier wird die Familie als Ganzes betrachtet; denn die Belastungen im Alltag betreffen alle Familienmitglieder gleichermaßen, wenn auch auf unterschiedliche Art und Weise. Hier werden gemeinsam mit den Familien Lösungsansätze ermittelt. Das Angebot findet zurzeit von Ende Oktober bis Mitte März statt. Bereits mehr als ein Drittel der Patientinnen und Patienten nutzt dieses Angebot. Die Tendenz ist steigend.

In diesem Jahr tritt das neue QS-Reha-Verfahren in Kraft, das von den gesetzlichen Kranken-

kassen eingeführt wurde. Ziel der Kassen ist es, qualitative Unterschiede in Reha-Einrichtungen für sich selbst und den Kunden zu verdeutlichen und die Mütter/Väter in entsprechende Einrichtungen zu lotsen. Weil jedoch nicht alle Eltern-Kind-Einrichtungen den Reha-Status haben und somit auch nicht alle geforderten Aspekte erfüllen können und müssen, wird sich noch zeigen, wie das Belegungsverhalten in Zukunft aussieht.

Hilfe für Pflegende:

die Landhäuser Fernblick und Fehmarnsund

Im Jahr 2005 förderte die Stiftung Wohlfahrtspflege NRW das Projekt „Landhaus Fernblick – Urlaub für Menschen mit Demenz und ihre pflegenden Angehörigen“. Anfangs stellte sich die Frage, wie und in welchem Maße die Zielgruppe der pflegenden Angehörigen überhaupt erreichbar sei.

Aus dem Projekt ist zunehmend ein Vorsorgeangebot erwachsen, das nachhaltig zur Stärkung von pflegenden Angehörigen beiträgt. Mit Stolz blicken sowohl die Stiftung Wohlfahrtspflege als auch die Kur und Erholungs GmbH auf erfolgreiche zehn Jahre Landhaus Fernblick zurück. Denn über 600 pflegende Angehörige genießen jährlich gemeinsam mit ihren an Demenz erkrankten Partnern den Erholungsaufenthalt in Winterberg. Das Landhaus Fernblick und die damit verbundenen Aufenthalte sind ihnen ans Herz gewachsen und nicht selten fester Bestandteil der individuellen Jahresplanung. Nur fehlte es bislang an Akzeptanz bei Kranken- und Pflegekassen sowie bei den Kostenträgern. Die große Nachfrage von betroffenen Ehepaaren und der hohe Grad an Akzeptanz unseres Erholungsangebotes bei Alzheimergesellschaften, Pflegestützpunkten und Selbsthilfegruppen





hat die AWO Ende 2013 darin bestärkt, nach sorgfältiger Abwägung mit dem Landhaus am Fehmarnsund ein zweites „Demenzhotel“ in Großenbrode zu realisieren. Die zunehmende Beachtung der pflegenden Angehörigen in geltenden Gesetzen eröffnet den Landhäusern die Chance, als Vorsorgeeinrichtung per Tagessatzfinanzierung für ihre Zielgruppe über die Kranken- und Pflegekassen zu wirken. Für 2016 ist das Ziel formuliert, entsprechende Rahmenvereinbarungen mit den gesetzlichen Krankenkassenverbänden abzuschließen.

Senioren- und Familienerholung

Die Belegung der Gästehäuser der AW Kur hat in den vergangenen Jahren unterschiedliche Wege eingeschlagen. Das Gästehaus auf Norderney weist eine stabile Belegung auf, wobei ein Anstieg der Belegungsanfragen durch verbandsinterne Gruppen zu verzeichnen war und auch für die folgenden Jahre abzusehen ist. Das Pauschalarrangement „Thalasso-Woche“, das in Kooperation mit dem Badehaus Norderney angeboten wird, ist von Gruppen- und Einzelreisenden gleichermaßen sehr gut angenommen worden.

Vier Erholungsmaßnahmen im Hus up Dün haben in Zusammenarbeit mit den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe stattgefunden, wobei die Belegungszahlen auf Grund der Altersstruktur der Erholungssuchenden seit 2014 rückläufig sind. Im Zuge der Entwicklung muss perspektivisch über die Aufrechterhaltung des Angebotes oder die Erstellung eines Alternativkonzeptes nachgedacht werden. Das Gästehaus in Zingst zeigt in den vergangenen Jahren eine sinkende Kundenfrequenz. Das ist nicht zuletzt auf das steigende Angebot an Ferienunterkünften in der Region und die für viele Stammgäste inzwischen altersbedingt weite Anreise zurückzuführen.

AWO-Kliniken – zertifizierte Qualität

Die Vorsorge- und Rehabilitationskliniken der AW Kur und Erholungs GmbH arbeiten nach einem festgelegten Konzept zur Qualitätssicherung und -entwicklung, das kontinuierlich den veränderten Rahmenbedingungen angepasst wird. Damit ist gewährleistet, dass die Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen dem aktuellen Stand wissenschaftlicher Kenntnisse entsprechen. Durch interne

Lebensfreude pur am Strand von Zingst während der Maßnahme „Familien stärken“.



Erholungsangebote für Seniorinnen und Senioren – eine der Aufgaben der Kur und Erholungs GmbH.

Qualitätsauditoren und jährlich stattfindende externe Audits der TÜV NORD CERT GmbH sichert die AW Kur und Erholungs GmbH die Rahmenbedingungen und Strukturen, die die Behandlungsprozesse begleiten und macht Ergebnisse überprüfbar. Die Kliniken sind gemäß DIN EN ISO 9001:2008 und den speziellen AWO Qualitätsanforderungen zertifiziert. Mit der Zertifizierung wird die seit Jahren bestehende Qualität nach außen objektiv bestätigt und dokumentiert.

AW Kur und Erholung – tragende Säule im AWO Klinikverbund

Der Zusammenschluss der 13 Eltern-Kind-Kliniken zum AWO-Klinikverbund hat von 2012 bis heute zu positiven Synergieeffekten geführt. Der Auftritt in der Öffentlichkeit als Verbund, die Belegung der einzelnen Häuser durch die Zusammenarbeit der jeweiligen Beratungsstellen sowie der einheitliche Internetauftritt stärkt ihre Marktposition weiter. Im Berichtszeitraum lag ein Schwerpunkt der Arbeit darin, die Zusammenarbeit innerhalb des AWO-Netzwerkes zu stärken. Im Wesentlichen betrifft dies die Absatzhelfer „Beratungs- und Vermittlungsstellen“. Ein weiteres

Netzwerk hat sich aus den Akteuren der Pflegestützpunkte, örtlichen Alzheimergesellschaften und dem Versorgungsmanagement der Pflegekassen gebildet. Darüber hinaus bilden zielgerichtete Kontakte und Gespräche mit Verantwortlichen bei wichtigsten Krankenkassen ein wesentliches Tätigkeitsmerkmal. Durch die Information über die fachliche und konzeptionelle Weiterentwicklung der jeweiligen Vorsorge- und Rehakliniken ist es der AW Kur- und Erholung gelungen, nach wie vor als kompetenter Partner und Marktteilnehmer des Gesundheitssektors wahrgenommen zu werden.

Ausblick

Die AW Kur und Erholungs GmbH ist seit 2009 auf den wesentlichen Leitmesen in den Bereichen Touristik, Pflege und Gesundheit präsent. Diese waren und sind überwiegend von überregionaler Bedeutung wie zum Beispiel die Gesundheits- und Pflegemesen in Hannover, Düsseldorf oder Berlin. Die Präsenz auf Fachmesen schlägt sich insbesondere in der Steigerung der Belegungszahlen und im überregional zunehmenden Bekanntheitsgrad der AW Kur- und Erholungs GmbH nieder. Diese

positive Entwicklung der vergangenen Jahre gelang trotz der herausfordernden Marktmechanismen. Entscheidend hierfür waren die gute Zusammenarbeit mit den AWO-Beratungs- und Vermittlungsstellen sowie das Engagement der Kolleginnen und Kollegen der AW Kur und Erholungs GmbH.

AW Versorgungs GmbH

Dienstleister der AWO-Einrichtungen

Gegründet wurde die Gesellschaft im Jahr 1984 als 100-Prozent-Tochter des AWO Bezirksverbandes Westliches Westfalen. Sie agiert seit Beginn des Jahres 1990 als unbeschränkt steuerpflichtiges Unternehmen. Im Laufe der Jahre kam der Betrieb der ehemaligen Zivildienstschule Herdecke (heute Bildungszentrum Herdecke) und das Gästehaus Waldschlösschen in Bad Sachsa (ehemals Mutter-Kind-Kurheim) als neue Aufgaben dazu. Ende 2006 wurden mit vier langjährigen Geschäftspartnern des Bezirks aus dem Gebäudereiniger-Handwerk jeweils eine eigene GmbH, deren Mehrheitsgesellschafter die AW Versorgungs GmbH ist, gegründet und bis heute erfolgreich geführt.

Zuverlässig, kompetent und serviceorientiert unterstützt die AW Versorgungs GmbH als Dienstleistungsunternehmen im AWO-Bezirksverband alle Seniorenzentren und Kur-Einrichtungen. Die Geschäftsbereiche in der Gesellschaft gliedern sich in Handel, Einkauf, Immobilienmanagement, Handwerker, Arbeitssicherheit, Bildungszentrum Herdecke und Gästehaus Waldschlösschen Bad Sachsa. Im Bereich „Handel und Einkauf“ wird der Bedarf der Seniorenzentren an Verbrauchs- und Investitionsgütern sowie Lebensmitteln zu guten Konditionen von ausgesuchten Lieferanten sichergestellt. Grundlage bildet

die Bündelung der Beschaffungsaktivitäten und zentrale Preis- und Konditionsverhandlungen. Im Bereich „Lebensmitteleinkauf“ wurde im letzten Quartal 2014 mit einem einkaufsstarken Cateringunternehmen ein Kooperationsvertrag für den Lebensmitteleinkauf abgeschlossen. Ziel ist es, die Einkaufskonditionen weiter zu optimieren. Durch die Nutzung einer praxisbewährten Software in der Hauswirtschaft kommt ein weiterer Effekt zum Tragen, der die Wertschöpfung und Prozessketten optimiert. Eine präzise Planung des Lebensmittelbedarfs und -verbrauchs gewährleistet eine gleichbleibend hohe Qualität der Speisenversorgung der Bewohnerinnen und Bewohner in den Seniorenzentren.

Dem Immobilienmanagement gilt ebenso ein besonderes Augenmerk, weil ein Großteil des Vermögens des Bezirks in Gebäuden investiert ist und diese Substanz im Wert erhalten werden muss. Eine Instandhaltungsplanung sowie die Auswahl von leistungsfähigen, qualifizierten Fachfirmen sollen dazu führen, dass die Kosten optimiert werden und gleichzeitig die Bausubstanz und die Betriebssicherheit der technischen Gebäudeausstattung gesichert sind. Durch die Vorgabe von Standards in den Wartungs- und Instandhaltungsverträgen und die Auswahl kundenorientierter Geschäftspartner soll die vorbeugende Instandhaltung dazu beitragen, den Instandhaltungsaufwand planbar im Rahmen vorgegebener Budgets zu gestalten. Zudem werden so die Ausfall- und Störungsrisiken der technischen Gebäudeausstattung reduziert.

Einen weiteren Schwerpunkt im Immobilienmanagement bildet der Neubau- und Sanierungsbereich. Durch tiefgreifende Veränderungen der gesetzlichen Rahmenbedingungen (Stichwort GEPA, WTG, APG) unter anderem

für den Um- und Neubau sowie den Betrieb von Seniorenheimen ändern sich zwangsläufig die Anforderungen an die Planung der Projekte, die Genehmigungsverfahren, die Finanzierung der Investitionskosten und die Steuerung der zur Refinanzierung nach Inbetriebnahme zur Verfügung stehender Budgets. So müssen Organisation und die Arbeitsprozesse beständig angepasst werden.

In diesem Kontext ist zu beachten, dass Gebäude im Bestand, die bestimmte gesetzliche Vorgaben noch nicht in Gänze erfüllen, bis zum Jahr 2018 entsprechend baulich angepasst sein müssen. Das löst verstärkte Bauaktivitäten aus, bei denen die AW Versorgungs GmbH eine führende Rolle bei der Baubetreuung und Koordinierung der internen und externen Prozesse und Akteure übernimmt. Es gilt, das Bauzeiten- und Baukostencontrolling weiterzuentwickeln,

um passgenau die quantitativen und qualitativen Anforderungen sicherzustellen.

Motivierte Mitarbeiter und moderne Organisation sichern langfristigen Erfolg

Einen kleinen, dennoch effizienten Bereich bildet das eigene Team aus Malern und Dekorateurinnen. Es erledigt flexibel und zuverlässig Eil- und Sonderaufträge in den Seniorenzentren.

Im Bereich „Arbeitssicherheit“ werden die gesetzlichen Pflichten für die Muttergesellschaft erfüllt und präventiver Arbeitsschutz in Kooperation mit einem Dienstleister für die betriebsärztliche Betreuung betrieben. Hierzu zählen die regelmäßigen Arbeitssicherheitsausschusssitzungen und Ortsbegehungen in den Betrieben sowie Beratung der Führungskräfte und Betriebsräte.

Daneben betreibt die AW Versorgungs GmbH das Bildungszentrum Herdecke (ehemals Zi-

Hier baut die AWO



■ Ein Mehrfamilienhaus mit 12 barrierefreien altengerechten Wohnungen von 47m²



Kontakt:
AWO Bezirksverband
Westliches Westfalen
0231 - 54 83 293

www.awo-ww.de



Zuverlässig und serviceorientiert unterstützt die AW Versorgungs GmbH als Dienstleistungsunternehmen im Bezirksverband die Einrichtungen der AWO.

vildienstschule) und stellt dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) Unterkunft und Verpflegung für die Fortbildung von Bundesfreiwilligen zur Verfügung. Den Lehrauftrag erfüllt Personal des BAFzA.

In Bad Sachsa ist die Gesellschaft für den Betrieb des ehemaligen Mutter-Kind-Kurheimes als Gästehaus in Kooperation mit der Schwestergesellschaft AW Kur und Erholungs GmbH zuständig.

Der Bereich „E-Commerce“ wird zukünftig weiter ausgebaut und in diesem Kontext ein eigener, virtueller Marktplatz mit ausgesuchten Geschäftspartnern und Lieferanten den Seniorenzentren als Bestellplattform zur Verfügung gestellt. Ergänzt wird dieses Angebot um Material zu fachspezifischen aktuellen Themen und um weitere Informationen. Die Herausforderungen der Zukunft verlangen eine geänderte, von hierarchischem Denken

und Handeln losgelöste Organisationsform der abteilungs- und teamorientierten, vernetzten Zusammenarbeit. Hochmotivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden mit ausgeprägter Eigenverantwortung zu Schlüsselfaktoren und sichern den Erfolg.



Das Aufgabenspektrum der AW Versorgungs GmbH reicht von handwerklichen Arbeiten bis hin zum zentralen Lebensmitteleinkauf.



Pflege

Selbstbestimmt alt werden in Sicherheit und Geborgenheit

Stationäre Pflege

Die stationäre Pflege bildet mit 58 Seniorenzentren, in denen circa 7.000 Bewohnerinnen und Bewohner leben, den größten Tätigkeitsschwerpunkt des Bezirksverbandes. Damit gehört der Bezirk zu den zehn größten Anbietern in Deutschland. Ambulante Pflege und Sozialstationen der Unterbezirke kommen hinzu.

Die AWO denkt Pflege jedoch nicht nur aus der Perspektive des Trägers, sondern vor allem aus der des Pflegebedürftigen. Deshalb stand bei den zurückliegenden Beratungen des GEPA NRW (Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer demografiefesten, teilhaborientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Wohn- und Betreuungsangeboten für ältere Menschen, Pflegebedürftige, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen) die Versorgungssicherheit der Menschen in NRW im Vordergrund. Die zukunftsgerichte Bedarfsdeckung pflegerischer Versorgungsangebote über alle Wohnformen hinweg inklusive der Sicherung der stationären Angebote und der Existenzfähigkeit der Einrichtungen stehen für den Bezirksverband im Mittelpunkt.

Versorgungssicherheit

In NRW lebten im Jahr 2011 etwa 550.000 pflegebedürftige Menschen im Sinne des SGB XI – davon rund 70 Prozent zuhause (etwa 390.000) und rund 30 Prozent in Heimen (31. Dezember 2011: 158.747). Obwohl die Altenhilfe sich in der Vergangenheit ganz massiv zur ambulanten Versorgung hin entwickelt hat, ist die Quote der stationären Versorgung in den vergangenen 15 Jahren bei rund 30 Prozent konstant geblieben. Im Jahr 2030 werden rund 700.000 Menschen

und im Jahr 2050 sogar rund 950.000 Menschen pflegebedürftig sein (Quelle: Information und Technik NRW: Modellrechnungen zur Entwicklung der Pflegebedürftigkeit in NRW, 2013). Entsprechend werden auf den Zeitraum betrachtet im Durchschnitt jedes Jahr in NRW rund 10.000 Menschen zusätzlich pflegebedürftig. Sollte der vollstationäre Bereich keine Ausweitung erfahren, würde die Versorgungsquote in Heimen von heute rund 30 Prozent im Jahre 2030 auf 23 Prozent und im Jahre 2050 auf 17 Prozent aller pflegebedürftigen Personen sinken.

Diese Zahlen berücksichtigen noch nicht den durch die Realisierung der 80-Prozent-Einbettzimmer-Quote zu erwartenden Abbau von Plätzen. Nach Erhebungen der Landschaftsverbände – die Zahlen wurden 2014 im Landespflegeausschuss vorgestellt – ist vor diesem Hintergrund ein Verlust von 12.000 Plätzen zu erwarten.

Die Arbeiterwohlfahrt zieht hieraus den Schluss, dass auch bis 2050 alle drei wesentlichen Säulen der Pflege (Stationäre Pflege – Ambulante Pflege – Pflege durch Angehörige) im heutigen Umfang benötigt werden. Denn die Bewohnerstrukturdaten in der stationären Pflege machen deutlich, dass die Potenziale einer weiteren Ambulantisierung weitestgehend ausgeschöpft sind:

- > Das Durchschnittsalter der Bewohner in Stationären Einrichtungen in NRW liegt bei über 85 Jahren.
- > Die durchschnittliche Verweildauer liegt bei sechs bis acht Monaten.
- > Der Anteil der Demenzkranken liegt bei über 50 Prozent.
- > Rund 60 Prozent der Neu-Einzüge erfolgen direkt aus dem Krankenhaus oder der Reha.

Fakt ist auch: Das Potenzial der Pflege durch

Angehörige wird in den nächsten Jahrzehnten sinken. Gründe hierfür sind:

- > sinkende Zahl an (Schwieger-)Töchtern pro Pflegebedürftigen (die Pflege liegt zumeist noch in den Händen der weiblichen Angehörigen),
- > niedrige Geburtenrate mit weiter rückläufigem Trend,
- > höhere Frauenerwerbsquote, höhere Opportunitätskosten der Pflege,
- > höherer Anteil von Einpersonenhaushalten mit geringem Pflegepotenzial,
- > größere Mobilität, Kinder wohnen an einem anderen Ort als Eltern,
- > abnehmende Pflegebereitschaft.

Darüber hinaus werden auch die potenziell pflegenden Familienangehörigen immer älter und befinden sich schon heute häufig selber im Rentenalter.

Vor dem Hintergrund dieser demografischen Entwicklungen ist es für die Arbeiterwohlfahrt Westliches Westfalen weiterhin ein großes Anliegen, stationäre Pflege und ambulante Versorgungsstrukturen bedarfsgerecht sicherzustellen und dabei auch neue Wege bei Angebotsstrukturen einzuschlagen.

Das Wohn- und Teilhabegesetz Nordrhein-Westfalen (WTG) als zweiter Artikel des GEPA NRW setzt die Rahmenbedingungen für die Betreuung von älteren, pflegebedürftigen und behinderten Menschen in stationären Einrichtungen und deren Teilhabe. Die AWO hat den Teilhabegedanken immer begrüßt und setzt sich auch für dessen Weiterentwicklung ein. Die AWO WW beteiligt sich an der Erarbeitung fachlicher Anforderungen für die Weiterentwicklung von Einrichtungsleitungsqualifikationen.

Sie unterstützt die ordnungsrechtlichen Überprüfungen ihrer Einrichtungen gemäß

den Anforderungen des Wohn- und Teilhabegesetzes, um die Qualität der pflegerischen Versorgung sicherzustellen, meldet sich aber auch zu Wort, wenn es zu unangemessenen Ausdehnungen der Anforderungen, des Prüfwesens und der Bürokratie kommt.

Der Bezirksverband wird auch künftig die weitere Umsetzung des Landespflegerechtes und des Wohn- und Teilhabegesetzes konstruktiv-kritisch begleiten und sich für den Erhalt und den Ausbau ansprechender und bedarfsgerechter Angebote, Einrichtungen und Orte für das Leben im Alter einsetzen. Dazu gehört auch der Einsatz für die Schaffung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, die den Einrichtungen ein kompetentes und zukunftsfähiges Arbeiten auf höchstem Niveau ermöglichen.

GEPA

Zwei Gesetze regeln bekanntlich in Nordrhein-Westfalen die wesentlichen rechtlichen Grundlagen für die Gestaltung der Pflege: das Alten- und Pflegegesetz (früher „Landespflegegesetz“) und das Wohn- und Teilhabegesetz. Beide Gesetze wurden überarbeitet. Ergebnis ist das GEPA NRW, das im Oktober 2014 vom NRW-Landtag verabschiedet wurde.

Im GEPA NRW ist im Artikel 1 das „Gesetz zur Weiterentwicklung des Landespflegerechtes und Sicherung einer unterstützenden Infrastruktur für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige“ (Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen – APG NRW) abgebildet, während das „Wohn- und Teilhabegesetz“ (WTG) Artikel 2 bildet. Bestandteil des GEPA NRW sind außerdem Regelungen zur Investitionskostenförderung, deren Erarbeitung vorgeblich zwingend erforderlich war aufgrund verschiedener Ur-



teile des Bundessozialgerichtes zur Berechnung der Investitionskosten. Mit Auslaufen der Übergangsfrist zum August 2018 besteht die Notwendigkeit zur Herstellung einer 80-prozentigen Einzelzimmerquote in den Pflegeeinrichtungen. Ein gutes Drittel der Seniorenzentren erfüllt diese Anforderungen schon heute, weil sie entweder komplett saniert wurden oder neueren Datums sind und die Anforderungen bereits bei der Planung berücksichtigt wurden. Ein weiteres Drittel wird mit kleineren Maßnahmen bzw. geringen Bettenreduzierungen das Ziel erreichen. Für das letzte knappe Drittel wurden die notwendigen Planungen zur Umgestaltung aufgenommen. Dies schließt die Entwicklung neuer pflegerischer Dienstleistungen und die Verankerung der Einrichtungen als „Pflege-Lotse“ im Quartier mit ein.

Im Laufe der zurückliegenden Geschäftsperiode wurden als besonders große und umfassende Maßnahmen das Friedhelm-Sandkühler-Seniorenzentrum in Hagen-Haspe sowie das Martha-Müller-Seniorenzentrum in Hagen-Hohenlimburg umgebaut. Im ebenso vollständigem Umbau befinden sich gegenwärtig das Ida-Noll-Seniorenzentrum in

Datteln sowie das Seniorenzentrum Gelsenkirchen-Schalke. Die Umplanungen von fünf weiteren Seniorenzentren (Gelsenkirchen-Buer und -Horst; Erich-Wandel-Seniorenzentrum in Lippstadt; Hans-Georg-Vitt-Seniorenzentrum in Kreuztal; Seniorenzentrum Ibbenbüren, Weberstraße) stehen vor der Abschlussprüfung.

Seit langem zeichnet sich in den Seniorenzentren der Bedarf nach geschützter, gesonderter Betreuung von demenziell erkrankten Bewohnerinnen und Bewohnern ab. Der Verband reagiert mit der Einrichtung zusätzlicher Räumlichkeiten darauf. Sie weisen eine eigens auf die Zielgruppe zugeschnittene Atmosphäre auf, in der die Bewohnerinnen und Bewohner konfliktfrei den Tag verbringen können. Orientierungshilfen geben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die Strukturierung des Alltags, der damit scheinbar verloren gegangene Fähigkeiten und Erinnerungen wieder zu Tage fördert. Diese tagesstrukturierenden Bereiche finden sich in 26 Seniorenzentren. Parallel dazu werden flächendeckend Betreuungsangebote in unterschiedlichen Ausformungen unterbreitet, die die Bedürfnisse und Erfordernisse aller Bewohnergruppen aufgreifen.

In den 58 Seniorenzentren der AWO WW leben rund 7.000 hilfebedürftige Männer und Frauen.

Neue Rahmenbedingungen / APG DVO NRW

Das Bundessozialgericht (BSG) hat durch mehrere Urteile wichtige grundsätzliche Feststellungen zum geltenden Recht der Pflegeversicherung getroffen. Insbesondere hat es festgestellt, dass im Bereich der Refinanzierung der sogenannten „Investitionskosten“ im Sinne des Paragraphen 82 Abs. 3 SGB XI alleine die den Trägern tatsächlich bereits entstandenen oder im Berechnungszeitraum sicher entstehenden Aufwendungen Grundlage der Förderung und gesonderten Berechnung nach Paragraph 82 Abs. 3 SGB XI sein können. In der Folge entschloss sich anstelle einer punktuellen Anpassung der Landesgesetze die Landesregierung NRW zu einer umfassenden Reform des Pflegerechts. In diesem Zusammenhang wurden die bislang getrennten Gesetze zum Heimrecht (Wohn- und Teilhabegesetz NRW) und zum Investitionsfinanzierungsrecht (Landespflegegesetz Nordrhein-Westfalen) zu einem Gesetz, dem GEPA NRW zusammengefasst. Weiterhin wurden für das Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen (APG NRW) und das Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) Durchführungsverordnungen erarbeitet. Im Ergebnis stellt das GEPA NRW eine Förderung ambulanter Pflegeangebote zu Lasten der stationären Pflegeangebote dar, denn insbesondere die Investitionskostenfinanzierung stationärer Pflegeeinrichtungen wird eine radikale Änderung erfahren. Die Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Refinanzierung von Investitionskosten unterscheidet sich von bisherigen Anpassungen dadurch, dass weitgehend auf Vertrauensschutz und Besitzstandsregelungen verzichtet wird. Die finanziellen Konsequenzen des GEPA NRW

werden den Pflegeeinrichtungen allerdings nach jetziger Rechtslage erst ab dem 1. Juli 2016 begehen. Vom Grundsatz her ist allerdings zu begrüßen, dass die Einrichtungen ihre tatsächlichen Aufwendungen/Kosten im Investivbereich refinanziert bekommen und somit – im Rahmen der festgelegten Höchstgrenzen – im Regelfall keine Verluste aus diesem Bereich entstehen sollten. Die herbeigeführten Veränderungen, deren genaue Auswirkungen erst nach Bescheiderteilung durch die Landschaftsverbände zu ersehen sind, führen allerdings letztlich zu erhöhten Anforderungen in der Steuerung des operativen Geschäfts der Einrichtungen.

Sachstand 87b

2009 hat der Gesetzgeber erstmalig die Möglichkeit geschaffen, zusätzliches Personal für Pflegebedürftige mit erheblichem allgemeinen Betreuungsbedarf einzusetzen. Dafür wurde ein Vergütungszuschlag je demenziell verändertem Bewohner in Höhe von 100 Euro pro Monat vereinbart. Die Vereinbarung sieht vor, dass die Einrichtungen die Betreuung über sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse realisieren. Die Kosten für die Betreuung werden direkt mit den Pflegekassen abgerechnet und belasten die Bewohner nicht. Das Verhältnis Betreuer zu Bewohner betrug zu Beginn 1:28 und hat sich im Laufe der Jahre zu einem jetzt gültigen Schlüssel in Höhe von 1:20 und einem einrichtungsindividuellen Betrag von durchschnittlich etwa 140 Euro je Bewohner und Monat entwickelt. Damit konnte nunmehr für die Einrichtungen eine auskömmliche Refinanzierung der Personalkosten in diesem Bereich realisiert werden.



Dienstkleidung

Im Jahr 2013 wurde die Dienstkleidung in den Bereichen Pflege und Hauswirtschaft eingeführt. Gründe für diese Einführung waren:

- > Corporate Design (einheitliches Auftreten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die so gleich als solche erkannt werden)
- > Identifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Verband
- > Sicherstellung der hygienischen Anforderungen (hygienische Aufbereitung der Privatkleidung der Mitarbeiter war bisher nicht gesichert); Zunahme von Infektionserkrankungen in den Seniorenzentren, vermehrter Kontakt mit potenziell infektiösen Körperflüssigkeiten
- > Empfehlung der BGW und der örtlichen Gesundheitsämter, Dienstkleidung und gegebenenfalls zusätzliche Schutzkleidung zu tragen.

Achtsamkeitsförderung in der stationären Altenhilfe

Mit dem neuen Projekt „Förderung der Achtsamkeit in der stationären Pflege“ rückt der AWO Bezirk Westliches Westfalen das menschliche Miteinander in den Fokus – und möchte damit nicht nur die Sinne für die Kleinigkeiten schärfen, sondern auch für Konflikte und Grenzüberschreitungen. Seit 1. Januar 2016 befasst sich in der Dortmunder Bezirksgeschäftsstelle ein dreiköpfiges Experten-Team mit dem Thema, sammelt fachliches Wissen und fragt die Erfahrungen in den Seniorenzentren ab.

Wie geht man in der Praxis etwa mit kulturellen oder religiösen Besonderheiten um? Solche und viele andere Fragen spielen im Projekt eine Rolle und sollen in eine zehntägige Schulung fließen, die das Team konzipiert. Ein erster Durchlauf in ausgewählten AWO-Seniorenzentren ist spätestens im Herbst 2016

geplant – fachlich und wissenschaftlich begleitet von der Evangelischen Fachhochschule RWL in Bochum. Achtsamkeit bedeutet, Routine im Pflegealltag zu hinterfragen, das eigene Verhalten zu reflektieren und Stressfaktoren frühzeitig zu erkennen. Die Belastungsgrenzen im Blick zu haben, schützt die Fachkräfte davor, in Grenzsituationen zu geraten. Das Projekt ist auf drei Jahre angelegt. Finanziert wird es zu 90 Prozent von der „Stiftung Wohlfahrtspflege NRW“.

Quartiersentwicklung

Ausgehend von dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ und des demografischen sowie gesellschaftlichen Wandels wird der Aufbau einer altersgerechten und partizipativen Quartiersentwicklung im Bezirk Westliches Westfalen e.V. verfolgt. Zur gesteuerten Umsetzung wurde im Februar 2014 eine zentrale Stelle geschaffen, die beratend und moderierend zwischen dem Träger, den Quartiersstandorten sowie bürgerschaftlich engagierten Menschen im Quartier tätig ist. Die primäre Intention des Projektes ist es, unter gleichzeitiger Öffnung der Seniorenzentren und mit der Vernetzung örtlicher Akteure einen aktiven Beitrag zu einem selbstbestimmten und bedarfsgerechten Leben im Quartier zu leisten.

Zur Realisierung dieser Ziele wurden Einrichtungen benannt, die die Quartiersentwicklung an ihrem Standort modellhaft entwickeln. Somit können im urbanen sowie ländlichen Raum wichtige Best-Practice-Ansätze beispielhaft gesammelt und auf die restlichen Seniorenzentren im Verband übertragen werden. Zur Verstärkung der Quartiersentwicklung wird beim Deutschen Hilfswerk (DHW) die Förderung eines Quartiersmanagers, der

Praktisch und chic – die neue Dienstkleidung in den Bereichen Pflege und Hauswirtschaft.



2014 startete das Projekt Quartiersentwicklung der AWO, unterstützt von der Deutschen Fernsehlotterie.



seinen Dienstsitz für drei Jahre im Seniorenzentrum hat, im jeweiligen Sozialraum beantragt. An folgenden Standorten sind seit Anfang 2015 bzw. seit Anfang 2016 Quartiersmanager im Einsatz:

- > Seniorenzentrum Recklinghausen
- > Seniorenzentrum Gevelsberg
- > Ernst-Löchelt-Seniorenzentrum/Seniorenzentrum „Schattige Buche“ Bottrop
- > Seniorenzentrum „Minister Achenbach“/Seniorenzentrum „An der alten Gärtnerei“ Lünen-Brambauer
- > Seniorenzentrum Gelsenkirchen-Buer
- > Seniorenzentrum Witten/Seniorenzentrum Witten-Annen
- > Fritz-Fries-Seniorenzentrum Siegen
- > Grete-Fährmann-Seniorenzentrum Herne
- > Elisabeth-Brune-Seniorenzentrum Gladbeck

Weitere vier Standorte befinden sich in der Antragstellung bzw. sind in der Planung. Neben einer aktiven Pressearbeit zur Bekanntmachung des Projektes sowie der Entwicklung einer eigenen Wort- und Bildmarke spielt die Vernetzung von Akteuren im Quartier eine wichtige Rolle. Zu diesem Zweck wurden lokale Steuerungsgruppen mit verschiedenen Schlüsselpersonen ge-

gründet, die unter der Moderation des Quartiersmanagers bedarfsbezogenen Maßnahmen planen und gemeinsam umsetzen. Durch die Kooperationen und Kontakte lassen sich Synergieeffekte generieren (wie der Aufbau eines Nachbarschaftsnetzwerkes oder eines Netzwerkes für Beratungs- und Hilfsangebote, wobei die Bereitstellung haushaltsnaher Dienstleistungen und die wohnortnahe Beratung und Begleitung im Vordergrund stehen).

Ausbildung und Qualifizierung Fachseminare für Altenpflege

Die aktuelle Situation in der Altenpflegeausbildung ist durch den bereits existierenden und stetig steigenden Fachkräftemangel geprägt. Der Bezirksverband erhöhte in den vergangenen Jahren ständig die Ausbildungsplätze in den Einrichtungen und Fachseminaren, um diesem Mangel zu begegnen.

Die Altenpflegeausbildung wird von den AWO-Fachseminaren in Marl, Gelsenkirchen, Kamen, Gevelsberg, Bochum und Dortmund auch heute noch in guter fachlicher Kooperation mit den Einrichtungen der Altenhilfe erfolgreich umgesetzt. Jährlich verlassen circa

125 staatlich anerkannte Altenpflegerinnen und Altenpfleger und etwa 30 staatlich anerkannte Altenpflegehelferinnen und Altenpflegehelfer die Fachseminare.

Generalistische Ausbildung

Derzeit ist ein Verfahren zur Reform des Pflegeberufsgesetzes eingeleitet. Zukünftig soll in den drei Pflegeberufen (Gesundheits- und Krankenpflege, Gesundheits- und Kinderkrankenpflege und Altenpflege) gemeinsam ausgebildet werden. Es wird damit eine neue, generalistisch ausgerichtete berufliche Pflegeausbildung mit einem Berufsabschluss eingeführt, die die bisherigen Ausbildungen ablöst. Die neue Berufsbezeichnung lautet „Pflegefachfrau“ oder „Pflegefachmann“.

Veränderte Versorgungsstrukturen und Pflegebedarfe in der Akut- und Langzeitpflege verändern auch die Anforderungen an Pflegefachkräfte. Während in den Pflegeeinrichtungen immer mehr medizinische Behandlungspflege erbracht werden muss, steigt in den medizinischen Versorgungseinrichtungen der Anteil Pflegebedürftiger (etwa demenzkranker Menschen). In der neuen Pflegeausbildung werden übergreifende pflegerische Qualifikationen zur Pflege von Menschen aller Altersgruppen in allen Versorgungsbereichen vermittelt: in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und in der ambulanten Pflege. Dieses Gesetz soll 2018 in Kraft treten.

Die Einführung einer generalistischen Pflegeausbildung muss aus Sicht der Arbeiterwohlfahrt so erfolgen, dass die Belange der Altenpflege angesichts des demografischen Wandels ausreichend Berücksichtigung finden, damit auch in Zukunft die zielgruppenspezifische und fachgerechte Versorgung älterer Menschen ohne Qualitätsverlust erhalten bleibt.

In diesem Sinn begleitet die Arbeiterwohlfahrt das Gesetzesvorhaben.

Die bisher anerkannten Gesundheits- und Krankenpflegesschulen und Fachseminare für Altenpflege behalten ihre Anerkennung. Die Einrichtungen können weiterhin Auszubildende einstellen. Die Arbeiterwohlfahrt wird auch mit einer geänderten Gesetzgebung in den kommenden Jahren Pflegefachkräfte für ihre Arbeitsfelder auf hohem Niveau ausbilden und so einen Beitrag zur Verringerung des Fachkräftemangels leisten.

Das Lucy-Romberg-Haus

2013 konnte das Lucy-Romberg-Haus sein 60-jähriges Bestehen feiern. 1953 wurden erstmals die Krankenschwestern der Schwes-



Erste Hilfe bei Herzstillstand. Geübt wird mit Dummies für den Notfall.

tertschaft der Arbeiterwohlfahrt in Marl ausgebildet, 1958 hat Lucy Romberg erstmals in Deutschland eine spezifische Ausbildung für den Bereich der Altenpflege eingeführt. Geladene Gäste aus Politik, Wissenschaft und Verwaltung würdigten die langjährige Arbeit der Pflegeschule. Bewährt hat sich der Zusammenschluss des Lucy-Romberg-Hauses mit dem Lotte-Lemke-Bildungswerk (anerkannt nach dem Weiterbildungsgesetz und dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz NRW). Das Bildungswerk bietet Weiterbildungen und Qualifizierungen für die Arbeitsfelder Pflege, Eingliederungshilfe sowie Kinder, Jugend und Familie an. Der Schwerpunkt der Angebote liegt aber eindeutig im Bereich Pflege.

Die Seminare, nicht nur im Bereich Pflege, sind gut ausgelastet und werden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern positiv bewertet. Im Bereich der beruflichen Bildung bietet das Lotte-Lemke-Bildungswerk mittlerweile für

über 3.800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mehr als 300 Veranstaltungen im Jahr an. Im Mai 2015 fand die mittlerweile zehnte Fachtagung „Meine Welt ist eine andere“ in Marl statt. Auf der Fachtagung referieren renommierte Wissenschaftler und Praktiker vor einem Fachpublikum zum Umgang mit demenziellen Veränderungen.

Mit jeweils mehr als 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den Bereichen der pflegerischen, betreuerischen und hauswirtschaftlichen Versorgung gehört die Fachtagung des Lucy-Romberg-Hauses zu den größten Veranstaltungen dieser Art in der Region.

Ambulante Pflege/Sozialstationen

Den ambulanten Diensten und hier speziell den Sozialstationen im Bereich des Bezirksverbandes Westliches Westfalen wurde besondere Aufmerksamkeit zuteil: Die betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen der



Theorie und Praxis eng miteinander verzahnt – die Pflegeausbildung der AWO bereitet auf einen immer anspruchsvoller werdenden Beruf vor.



AWO-Einrichtungen vor Ort verschlechtern sich mit beängstigender Schnelligkeit. Die Kosten der ambulanten Dienste sind erheblich gestiegen, doch spiegelt sich dies kaum in der Vergütung der Leistungen durch die Krankenkassen wider. Nachdem die letzten Entgeltverhandlungen zwischen Kassen und Wohlfahrtsverbänden mit einem inakzeptablen Schiedsspruch endeten, haben die Verbände Klage eingereicht. Denn die Einrichtungen und Dienste stehen unter enormem Druck, der nicht zulasten der Patientinnen und Patienten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen darf.

2013 organisierte die LAG Freie Wohlfahrtspflege in NRW eine landesweite Kampagne unter dem Titel „Hilfe! Mehr Zeit für Pflege“, die der Forderung nach einer angemessenen Vergütung und mehr Zeit für die Patientinnen und Patienten Nachdruck verleihen sollte. Die AWO forderte mehr Zeit für Menschen und

eine Anhebung der Vergütung der Leistungen durch die Kassen um 13 Prozent. Daneben führte der Bezirksverband vier Workshops mit der Fachabteilung bezirksintern zu zentralen Themen durch:

- > Möglichkeiten und Grenzen eines anderen Umgangs mit Personal,
- > Ausweitung und Ausschöpfung von Ressourcen und Möglichkeiten,
- > Optimierung von Betriebsabläufen,
- > Chancen und Risiken einer Ausgliederung ambulanter Pflegedienste in GmbHs.

Ziel ist es, die Sozialstationen auch mittelfristig überlebensfähig aufzustellen. Unter externer Beratung und der Beteiligung unserer Entscheidungsträger vor Ort ist es gelungen, für sieben der örtlichen Pflegedienste (in den Unterbezirken Ennepe-Ruhr, Hamm-Warendorf, Münsterland-Recklinghausen und Unna) eine auskömmliche wirtschaftliche Struktur zu entwickeln.



Alt werden in den eigenen vier Wänden – die Ambulante Pflege der AWO leistet dazu einen unverzichtbaren Beitrag.



Kinder

Betreuen – Erziehen – Bilden

Tageseinrichtungen für Kinder

Im AWO Bezirksverband Westliches Westfalen existieren aktuell 290 Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der Unterbezirke und des Kreisverbands Siegen-Wittgenstein/Olpe. Der Bedarf an Plätzen für Kinder unter drei Jahren wächst weiter. Seit 2014 haben die Eltern von Kindern ab einem Jahr einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kita oder bei einer Tagespflegeperson. Oft sind die Wartelisten der Einrichtungen aber so voll, dass die Nachfrage nicht befriedigt werden kann. Dies ist vor allem in den großen Städten der Fall.

90 Prozent der Einrichtungen sind für neue Plätze für Kinder unter drei Jahren um- oder ausgebaut worden, teilweise mehrfach. Viele Millionen Euro Landes- und Bundesmittel sind in den Ausbau geflossen. Die AWO hat aber auch eigene Mittel aus den Kind-Pauschalen eingebracht. Durch die Schaffung von Kleinstkinder-Gruppen, die weniger Plätze haben, sind allerdings auch Plätze für ältere Kinder weggefallen. Deshalb besteht vor allem für Kinder ab drei Jahren eine Verknappung von Plätzen. Große Herausforderungen meistern die Erzieherinnen und Erzieher, weil die Gruppen oft überbelegt sind. Zusätzlich haben sich die Betreuungsansprüche von Eltern verändert: 50 Prozent der Plätze sind mittlerweile Ganztagsplätze. Mit der zweiten Revision des Kinderbildungsgesetzes im Jahr 2014 stellte die rot-grüne Koalition im Land neue Weichen und investierte einseitig (ohne Beteiligung der Kommunen) weitere 300 Millionen Euro. Die Landesmittel fließen in weitere Personalstunden für U3-Gruppen, Hauswirtschaftskräfte und in Kitas in besonders benachteiligten Stadtteilen, die zusätzliches Personal erhalten.

Die Planungsgarantie wurde eingeführt, mit der bei Rückgang von Kindern eine befristete Absicherung der Beschäftigung des Personals möglich sein soll. Des Weiteren wurden die Rücklagen der Träger begrenzt.

Das zweite Änderungsgesetz hat aber auch die pädagogische Arbeit verändert: Das vorherige Sprachdiagnoseinstrument Delfin IV, das die Schule durchgeführt hat, wurde abgelöst vom Konzept der alltagsintegrierten Sprachbildung. Die Kinder werden im Alltag individuell beobachtet und ihre Sprachentwicklung begleitet. Dafür stehen den Kitas ebenfalls weitere Mittel zur Verfügung. Rund 70 Kitas haben sich am Bundesprogramm Schwerpunktkita Sprache und Integration beteiligt. Sie erhielten eine zusätzliche halbe Fachkraftstelle. Auch am neuen Bundesprogramm Sprach-Kita können rund 30 Einrichtungen teilhaben.

Das größte Problem bleibt für die Kita-Finanzierung nach wie vor die Finanzierungs-Systematik im Gesetz. Sie beinhaltet eine jährliche Steigerung der Kind-Pauschalen um 1,5 Prozent. Die tatsächlichen Tarifsteigerungen werden jedoch durch diese festgelegte Dynamisierung nicht aufgefangen und laufen seit Jahren aus dem Ruder. Die Verbesserungen der Finanzierung im Rahmen des Landeshaushaltes 2016 sind zu begrüßen, sie reichen jedoch bei weitem nicht aus, um die seit Einführung des KiBiz in 2008 entstandene Finanzierungslücke (insbesondere Anpassung Kind-Pauschale an Tarifsteigerungen) aufzufangen. Dies geht zu Lasten des Personals und der Betreuungsqualität. Immer häufiger kann in Einrichtungen nur noch die absolute personelle Mindestbesetzung realisiert werden. Eine erneute Revision des bestehenden Gesetzes ist nicht zielführend. Ein komplett

neues Gesetz ist erforderlich. Erste Priorität muss hierbei die Bemessung der Personalkostenförderung haben. Sie muss nach Auffassung des Bezirksverbandes in einer realistischen Relation zu den tariflichen Lohnkostensteigerungen der Träger und den daraus resultierenden Vergütungen der Beschäftigten stehen. Die im aktuellen Gesetz praktizierte prozentuale Dynamisierung ist (wieder) durch eine Indexsteigerung zu ersetzen, die eine automatische Anpassung an die steigenden Personal- und Sachkosten vorsieht.

Betriebskitas

Die AWO schließt vermehrt Kooperationen mit Betrieben, die Betriebskitas einrichten oder Plätze für ihre Mitarbeiter reservieren. Beispiele hierfür sind Douglas, KB Schmiedetechnik in Hagen, der Volkswohlbund, die RWE, DSW 21 in Dortmund oder die Knappschaft in Bochum. Auch der Bezirksverband plant Betriebsplätze

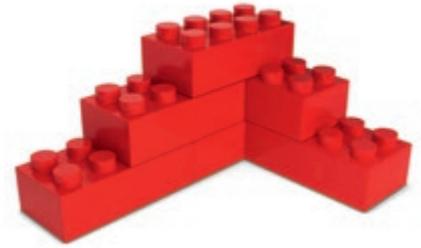
zu reservieren, um seinen Beschäftigten die Vereinbarkeit von Beruf und Familie durch Garantie eines Betreuungsplatzes zu ermöglichen.

Kitas auf dem Weg zur Inklusion

Mit dem Inkrafttreten der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat sich Deutschland 2009 verpflichtet, das Bildungssystem „inklusiv“ zu gestalten. Allen Kindern soll soziale Teilhabe und Chancengleichheit ermöglicht werden. In einer demokratischen Gesellschaft stellt das gleichberechtigte Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung eine wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe dar. Die Kindertageseinrichtungen der AWO-Träger übernehmen eine wichtige Rolle auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft. Von den fast 290 Einrichtungen arbeiten 70 Prozent als integrative Kitas. Dort werden über 600 Kinder mit Behinderungen und Förderbedarf betreut.



Kreativität und Bewegung werden groß geschrieben in den Kitas der AWO. Viele Einrichtungen haben hier ein besonderes Profil entwickelt.



Kindertagespflege

Der Ausbau der Kindertagesbetreuung für Kinder in den ersten drei Lebensjahren hat zu einem stetigen Anstieg der Betreuungsverhältnisse in der Kindertagespflege geführt. Die Kindertagespflege ist durch das Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) und das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) zu einem gleichrangigen Betreuungsangebot neben der Kitabetreuung geworden und hat den gleichen umfassenden Förderauftrag wie Kindertageseinrichtungen. Er verlangt die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern ebenso wie die Unterstützung von Familien bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Aufwertung der Kindertagespflege stellt eine große Herausforderung und Entwicklungsaufgabe für alle Beteiligten dar.

Die Kindertagespflege ist in vielen Gliederungen ein wichtiges Arbeitsfeld geworden, auf dem sowohl die Qualifizierung und Begleitung der Tagespflegepersonen als auch die Vermittlung von Betreuungsverhältnissen in lokalen Vermittlungsbüros stattfindet. 15 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übernehmen jetzt diese Aufgabe. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr hat zu einem Anstieg der Zahlen geführt. Die Kindertagespflege in angemieteten Räumen und der Zusammenschluss von Tagespflegepersonen zu Großtagespflegestellen nehmen zu und gewinnen regional unterschiedlich an Bedeutung.

Partizipation als Schlüssel zu Bildung und Demokratie

In der UN-Kinderrechtskonvention ist das Recht des Kindes auf Partizipation in zahlreichen Artikeln verankert. Die Kernvorschrift ist Artikel 12. Sie besagt, dass jedes Kind das

Recht hat, seine Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern – angemessen und entsprechend des Alters und der Reife des Kindes. Die daraus resultierenden gesetzlichen Veränderungen fordern in Kindertageseinrichtungen und Einrichtungen der Jugendhilfe eine konzeptionelle Verankerung von Mitbestimmungsrechten und Beschwerdeverfahren. Die Bedeutung der Partizipation in der pädagogischen Arbeit wächst vor diesem Hintergrund. Für die Einrichtungen heißt das, dass themenorientierte Projekte und viele Entscheidungen im Kindergartenalltag unter Beteiligung der Kinder gestaltet und durchgeführt werden müssen. Der Bezirksverband hat sich in seinem Fachreferat intensiv der Thematik angenommen und eine Fachberaterin weitergebildet, die sich als Multiplikatorin für Partizipation in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen nach dem Konzept der „Kinderstube der Demokratie“ qualifiziert hat. Die „Kinderstube der Demokratie“ ist das derzeit umfassendste Konzept für Partizipation in Kindertageseinrichtungen im deutschsprachigen Raum. Das Thema ist in den vergangenen Jahren vielfältig bearbeitet worden. Vorstellungen auf Trägerebene und Leitungsrunden, Fachtage, Teamfortbildungen in Kitas sowie Einzelfallberatung und Coaching werden gerne in Anspruch genommen. Partizipation steht nun auch in den Konzeptionen. Im Bereich der Offenen Ganztagschule und der Kindertagespflege sind ebenfalls Diskussionen und Fortbildungen zum Thema geplant.

Offener Ganztag

Die Öffnung der Schulen für die Kooperation mit Trägern der Jugendhilfe für die Betreuung nach dem Unterricht existiert seit 2002. Der

Ausbau erfolgte rasant. Viele Familien haben sich an die Ganztagsplätze nicht nur gewöhnt, sondern sind auch darauf angewiesen. Die Nachfrage steigt, so dass es viele Angebote des Offenen Ganztags gibt, die längst über ihre Platzkapazitäten arbeiten. Für die AWO ist der Offene Ganztags mit 200 Einrichtungen für 17.000 Kinder ein großer Arbeitsbereich. Seit Jahren verschärft sich allerdings die Finanzierung des Offenen Ganztags. Mitarbeiter wurden fest angestellt, werden tariflich bezahlt und ersetzen zunehmend Honorarkräfte. Leitungsarbeit und Fachberatung sind zusätzlich gefordert, und die Verwaltungskosten steigen in der Folge. Die Träger der AWO drückten ihre Forderung nach einer besseren Finanzierung 2014 in einer Kampagne unter dem Motto „OGS funkt S.O.S.“ aus. Das Land und die Kommunen teilen sich die Pauschalen pro Kind. Weil die Zuschüsse völlig unzureichend sind, gibt es Kommunen, die freiwillig die Beträge aufstocken. Das führt zu einer großen Spreizung der Rahmenbedingungen in unterschiedlichen Kommunen und widerspricht dem Grundsatz der Landesverfassung, gleiche Lebensbedingungen in NRW zu schaffen. Nach wie vor fehlen nach Auffassung der AWO WW in diesem Arbeitsbereich gesetzliche Regelungen zu Qualität und Strukturen sowie ausreichende Fördersysteme.

Vormundschaftsvereine

Arbeitsbereiche wie die Vormundschaftsvereine gewinnen an Dynamik. Hintergrund ist die Reform des Vormundschaftsgesetzes, das eine maximale Fallzahl von Vormündern pro Jugendlichen von maximal

50:1 vorschreibt. Die persönliche Sorge des Mündels steht zudem im Vordergrund. Die gesetzlichen Vormundschaften der Jugendämter geraten damit an ihre Grenzen, die Aufgaben werden an die freien Träger weitergegeben. Die AWO betreibt inzwischen in vier Unterbezirken Vormundschaftsvereine. Sie haben sich aus dem besonderen Bedarf für die unbegleitet einreisenden jugendlichen Flüchtlinge (UMF) entwickelt. Ihnen wird nach der Verteilung und Zuordnung zu einem Jugendamt ein Vormund an die Seite gestellt.

Junge Flüchtlinge

Junge Flüchtlinge haben vieles erfahren, was sie in ihrem Leben immer belasten oder begleiten wird. Ziel ist es, sie zu integrieren. Geflüchtete Familien werden nach ihrer Ankunft vorübergehend in Einrichtungen untergebracht. Dort und an anderen Orten bietet die AWO Kinderbetreuung und Beratung für Eltern an. Zudem wird eine Vielzahl sogenannter Brückenprojekte realisiert, die Kinder und deren Eltern in kleinen Gruppen betreuen. Diese Projekte werden mit Mitteln des Landes finanziert. Ziel ist, die Familien an die regulären Betreuungseinrichtungen heranzuführen, damit sie einen Kita- oder OGS-Platz bekommen. Das ist vor allem dort schwierig, wo eine große Nachfrage nach Plätzen besteht. Die Arbeit ist besonders herausfordernd, weil es viele sprachliche und kulturelle Hürden zu überwinden gilt. Die Fluchterlebnisse spielen eine große Rolle und müssen sensibel aufgenommen werden. Eine Willkommenskultur, die auch in den Einrichtungen/Familienzentren gepflegt und unterstützt wird, hilft den geflüchteten Familien in den ersten Alltagssituationen. Für die Beratung der Einrichtungen rund um die Betreuung der Flüchtlingsfamilien sind





Teile einer Fachberatungsstelle eingerichtet worden. Deren Auftrag ist die Entwicklung von Fortbildungskonzepten und Fachtagungen. Es gibt zudem die große Gruppe der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMF), die ständig wächst. Im Herbst 2015 spricht man von einem UMF auf 1.500 Einwohner. Nach dem neuen Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Jugendlicher werden seit dem 1. November 2015 die UMF auf alle Kommunen im Land verteilt, damit nicht einige wenige Kommunen übermäßig belastet sind. Einige Unterbezirke haben sich des Themas der Unterbringung bereits angenommen und betreuen Jugendliche in stationären Einrichtungen und Wohngruppen. In Dortmund hat die AWO kurzfristig vier Unterkünfte für die Betreuung der jungen Flüchtlinge übernommen. Seit Jahren gibt es schon ein sogenanntes Clearinghaus.

Fachberatung, Fortbildungen und Projekte

Eine Kernaufgabe der Fachabteilung des Bezirksverbandes ist die fachliche Begleitung aller Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Es finden regelmäßige Arbeits-

gemeinschaften, Fachtagungen und Fachveranstaltungen aller Art statt, die sich an die Fachkräfte der unterschiedlichen Arbeitsbereiche richten. Im September 2015 fand überdies eine große Fachtagung zum Thema „Armut und die Auswirkungen auf die Tageseinrichtungen für Kinder“ statt. Das jährliche Fortbildungsprogramm für den Bereich Kita und Offener Ganzttag qualifiziert die AWO-Fachkräfte und sendet neue Impulse. Es ist ein Teil des Gesamtprogramms des Lotte-Lemke-Bildungswerkes.

Kein Kind zurücklassen

Kein Kind zurücklassen: So heißt das Landesprogramm, für das sich die NRW-Ministerpräsidentin besonders einsetzt. Ziele sind Armutsprävention, frühe Hilfen und gleiche Bildungschancen für alle. Die AWO-Träger nehmen an der Initiative „Frühe Hilfen“ teil, die in den Kommunen Präventionsketten entwickeln, damit schon kleine Kinder weitgehend geschützt und gefördert werden – so etwa durch Willkommensbesuche zuhause, Elternpaten oder ehrenamtliche Arbeit. In das Konzept der präventiven Arbeit gehören auch die Familienzentren,

Die Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge wächst. Die AWO bietet Beratung und Betreuung für die jungen Menschen an.

die durch Elterninformationen, -bildung, -beratung und Lotsenaufgaben frühzeitige Unterstützung bieten. Die Einrichtungen in benachteiligten Stadtteilen erhalten ein wenig mehr Geld als andere Familienzentren. Eine besondere Rolle spielt die Kooperation der verschiedenen Dienste und Angebote in der Nachbarschaft bzw. im Sozialraum.

Besonders wichtig ist der interkulturelle Aspekt: Oft sind Familien mit Migrationshintergrund besonders von Benachteiligungen betroffen. Ihnen mit einer Haltung der Akzeptanz und Offenheit zu begegnen, ist aus fachlicher und menschlicher Sicht von großer Bedeutung. Hierzu finden Fortbildungen, Fachtage und Beratungen in den Teams statt. In den vergangenen Jahren wurden langfristige Fortbildungen zur interkulturellen Kompetenz angeboten. Ziel war, in jeder Kita eine Fachkraft zu etablieren, die

besonders qualifiziert ist und das Thema im Blick hat.

Quereinstieg – vom Büro in die Kita



Der Bezirksverband bewarb sich erfolgreich um die Teilnahme am Bundesprogramm Quereinstieg – Männer und Frauen in Kitas. Es handelt sich um ein Folgeprojekt des Projektes MEHR Männer in Kitas, an dem er in den Jahren 2011 bis 2014 teilgenommen hat.

In diesem Projekt werden in drei Jahrgängen jeweils 25 Erzieherinnen und Erzieher ausgebildet, die aus anderen Berufen stammen. Sie werden praxisintegriert ausgebildet, sind also teilzeitig in der Schule und



Das Projekt „Quereinstieg“ ist ein Bundesprogramm, an dem die AWO teilnimmt. Es ist hervorgegangen aus dem Projekt „Mehr Männer in Kitas“, das von 2011 bis 2014 erfolgreich lief.

in einer Kita tätig. Dafür erhalten sie eine Praktikumsvergütung und sind sozialversichert. Mit den Mitteln des ESF-finanzierten Projektes werden zwei Mitarbeiterinnen beschäftigt, die sich um die Kooperationen zwischen Schule, Praxisstellen und Teilnehmer kümmern. Neue erwachsenengerechte Lernformen werden entwickelt und Praxisanleitungen geschult. Dieses Projekt soll den Fachkräftemangel mildern und dazu beitragen, dass mehr Männer in den Kitas arbeiten. Der erste Ausbildungsgang besteht zur Hälfte aus Männern, die erst später im Leben ihre Chance ergreifen, einen erzieherischen Beruf zu erlernen.

Netzwerk „Haus der kleinen Forscher“

Mit viel Experimentierlust begeistert das Netzwerk „Haus der kleinen Forscher“ Kinder und deren Eltern für die sogenannten MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Na-



Eine Plakatkampagne für das Projekt „Mehr Männer in Kitas“: die Resonanz war beachtlich. Interesse findet auch das Nachfolgeprojekt „Quereinstieg“.

turwissenschaft und Technik). Das Netzwerk ist an die bundesweite Stiftung angebunden und koordiniert die Fortbildungsangebote im Bezirk Westliches Westfalen. Kitas und Offene Ganztagschulen können sich zu „Häusern der kleinen Forscher“ zertifizieren lassen. Das Netzwerk bildet Trainer aus und versorgt die Kitas mit Materialien, Informationen und Programmen.



Egal ob draußen in der Natur oder im Krabbelparadies – es macht Spaß, die Welt zu entdecken. Die AWO fördert Neugierde und Experimentierlust der Kinder in besonderer Weise.



Jugend

Den eigenen Weg finden

Jugendsozialarbeit für benachteiligte junge Frauen und Männer

Die Jugendberatungsstellen, Jugendwerkstätten, Schulmüden- und Einzelprojekte der AWO begleiten und unterstützen sozial benachteiligte junge Menschen auf ihrem Weg in Gesellschaft und Arbeit. Gefördert werden sie mit Mitteln aus dem Kinder- und Jugendförderplan NRW. Die Arbeit wurde im Berichtszeitraum sowohl qualitativ als auch quantitativ ausgeweitet. In ihrer Regierungserklärung hatte die Ministerpräsidentin erklärt, die Jugendpolitik wieder mehr in den Vordergrund zu rücken: mit einer Aufstockung der Mittel für den Kinder- und Jugendförderplan von 75 auf 100 Millionen Euro.

Ein Teil der zusätzlichen Gelder wurde für die flächenmäßige Ausweitung der Jugendwerkstätten bereitgestellt. Der AWO-Bezirk organisierte hierzu für die Unterbezirke eine Informationsveranstaltung gemeinsam mit Jugendministerium und Landesjugendamt. Vertreter aus fünf Unterbezirken wurden intensiv in inhaltliche und organisatorische Anforderungen eingeführt. Darüber hinaus fanden Exkursionen in die zwei bestehenden Jugendwerkstätten in Dortmund und Lünen statt. In der Folge konnten AWO-Gliederungen im Westlichen Westfalen vier von den insgesamt sieben neuen Jugendwerkstätten im Bereich des Landesjugendamtes Westfalen-Lippe einrichten. Die Zahl der Einrichtungen des Bezirkes stieg damit auf insgesamt sechs.

Ein Teil der Einrichtungen der Jugendsozialarbeit und der Jugendhilfe-Offene-Türen waren deutlich in die Jahre gekommen und hatten Bedarf an Investitionsmitteln. AWO-Vertreter aus dem Bezirk pochten auf

eine Lösung. Mit Erfolg: Im Rahmen des Kinder- und Jugendförderplans wurden zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Der Bezirk unterstützte die Einrichtungen darüber hinaus mit einer Fortbildung für Werkleiter und Ausbilder.

Die kritisch-konstruktive Zusammenarbeit mit Vertretern aus Ministerien und Landtag ermöglichte die Durchführung vieler zusätzlicher Angebote für sozial benachteiligte junge Frauen und Männer. Für die im Rahmen des Bildungs- und Teilhabegesetzes geförderte Schulsozialarbeit wurde ein praxisorientiertes Grundlagenpapier erstellt. Dies beinhaltet Ziele, Handlungsansätze sowie konzeptionelle und organisatorische Praxis von Schulsozialarbeit insbesondere für sozial benachteiligte Jugendliche. Das Grundlagenpapier unterstützte das zuständige Ministerium und kam auch den Praktikern zugute. Die finanzielle Grundlage der Landesarbeitsmarktpolitik stammte im Berichtszeitraum aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung, die dem Land zur Verfügung gestellt wurden.

Aus der EU-Förderperiode 2007 bis 2013/2014 wurden Landesprogramme für unterschiedliche Projekte bei der AWO im Westlichen Westfalen genutzt. Zum Beispiel war das Programm „Öffentlich geförderte Beschäftigung“ Grundlage für ein Projekt der Recklinghäuser Beschäftigungsgesellschaft Rebeq und dem Bezirk, bei dem Langzeitarbeitslose in Seniorenzentren qualifiziert und beschäftigt wurden.

Gesichter der Pflege

Unter dem Titel „Gesichter der Pflege“ wurden auf der Basis der damaligen Fachkräfte-



initiative der Dortmunder Qualifizierungsgesellschaft Dobeq und anderer Dortmunder Träger gemeinsam mit den Seniorenzentren des Bezirkes nachwuchsorientierte Aktivitäten entwickelt: Darunter eine Image-Kampagne an Schulen, die das Interesse von Jugendlichen an Praktika in Seniorenzentren weckte. Zugleich wurden 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Seniorenzentren darin qualifiziert, die Jugendlichen zu betreuen. Insgesamt absolvierten 210 junge Menschen Praktika.

Parallel zur Umsetzung bestehender Programme lief der Prozess der Vorbereitung auf die EU-Förderphase 2014 bis 2020, deren konkrete Projektrealisierung ab 2015 einsetzte. Hier wurden die Interessen der Träger vor Ort zum einen über die Landesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege (LAG FW) und zum anderen durch Vertreter direkt im EFRE-Begleitausschuss im Wirtschaftsministerium vertreten. Hier ging es vor allem

um die Erarbeitung des operationellen Programms, das Grundlage für alle Einzelprojekte bis ins Jahr 2020 ist. Erreicht werden konnte unter anderem, dass Jugendwerkstätten über das Praxisprogramm „Starke Menschen – Starke Quartiere“ investiv gefördert werden.

Freiwilligendienste – FSJ und BFD

Seit 1963 beteiligt sich die Arbeiterwohlfahrt am Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ). Diese besondere Möglichkeit zum Engagement richtet sich an junge Menschen im Alter zwischen 16 und 27 Jahren und bietet seit über 50 Jahren Gelegenheit, sich ein Jahr in sozialen Arbeitsfeldern zu erproben und sich persönlich weiter zu entwickeln. Verbunden mit der Aussetzung des Wehr(er)satzdienstes 2011 und der Einführung des Bundesfreiwilligendienstes (BFD) hat sich die Gestalt der Freiwilligendienste gewandelt. Neben dem Ausbau der FSJ-Plätze bie-



Die AWO begleitet und unterstützt sozial benachteiligte junge Menschen auf ihrem Weg in Gesellschaft und Arbeit.



tet der Bundesfreiwilligendienst ähnlich gelagerte Möglichkeiten des Engagements auch für Menschen über 27 Jahren.

Im Berichtszeitraum waren insgesamt 1.676 Freiwillige (davon 1.020 im FSJ und 656 im BFD) in Einrichtungen und Diensten der Arbeiterwohlfahrt tätig. Diese Entwicklung steigert die Bedeutung der Freiwilligendienste in der Gesellschaft und auch in der Arbeiterwohlfahrt, da immer mehr junge Menschen durch den Freiwilligendienst erste Berührungspunkte mit dem Verband haben.

Der Ausbau der Freiwilligendienste führte zu konstant steigenden Teilnehmerzahlen und einem erhöhten Verwaltungsaufwand. Die qualitative Weiterentwicklung hinsichtlich der Anleitung, Seminarbegleitung und Verwaltung der Freiwilligen durch die überregionale Beratungs- und Betreuungsstelle FSJ/BFD war und ist unter diesen Rahmen-

bedingungen eine zentrale Aufgabe. Durch die große Bereitschaft der Einsatzstellen, sich auf junge Freiwillige einzulassen und diese intensiv zu begleiten sowie durch neue attraktive Einsatzfelder in Kindertagesstätten und Einrichtungen des Offenen Ganztages konnte die Vielfalt der Einsatzbereiche ausgebaut werden.

Mit der Einführung des BFD im August 2011 engagierte sich jährlich eine kleine Zahl von Menschen über 27 Jahren im Bundesfreiwilligendienst. Die Motive dieser „älteren“ Freiwilligen wirken sich auf die Ausrichtung im Bundesfreiwilligendienst für diese Zielgruppe aus. Häufig ist im Anschluss eine reguläre Weiterbeschäftigung gewünscht. Diese sehr heterogene Zielgruppe erforderte neue Konzepte für die Bildungsbegleitung im BFD, die den sehr unterschiedlichen Voraussetzungen und Lebensbedingungen der Freiwilligen gerecht werden.



Die Bedeutung der Freiwilligendienste ist gestiegen. Die Einsatzgebiete sind vielfältig. Christopher Kurtzahn (r.) zum Beispiel betreut eine Zeitungsrunde mit Seniorinnen und Senioren.



Im Freiwilligen Sozialen Jahr wurden in den Jahren 2012 bis 2015 landesgeförderte Projekte für benachteiligte Jugendliche durchgeführt. Die Projekte boten jährlich 30 bis 40 Jugendlichen bei Bedarf eine intensivere Begleitung, sodass teilweise ein Abbruch des Dienstes verhindert wurde und das FSJ mit Erfolg abgeschlossen werden konnte. Im Rahmen dieser Projekte konnten Freiwillige mit niedrigem oder ohne Schulabschluss zudem eine anerkannte Zusatzqualifikation zum Betreuungsassistenten in Kooperation mit dem Lucy-Romberg Haus absolvieren. 20 bis 25 Prozent dieser Freiwilligen erhielt eine Weiterbeschäftigung oder ein Ausbildungsangebot bei der Arbeiterwohlfahrt.

Zeichen gegen rechts

Auch gesellschaftspolitische Themen finden Raum in der begleitenden Seminararbeit: Seit 2014 setzt der AWO-Bezirksverband mit

Fahrten zur Gedenkstätte Dachau bewusst ein Zeichen gegen rechtsradikales Gedankengut. Die Fahrt wurde in Zusammenarbeit mit dem Max-Mannheimer-Studienzentrum konzipiert und findet seitdem jährlich mit rund 20 Freiwilligen statt, die sich mit der nationalsozialistischen Zeit und den aktuellen Auswirkungen auseinandersetzen. Die Perspektive der Freiwilligendienste liegt sicher in den großen Potenzialen, die die jährlich rund 400 Teilnehmer für die Arbeiterwohlfahrt bedeuten. Sie gilt es, sowohl in den einzelnen Einsatzstellen als auch im Gesamtverband wertzuschätzen und zu nutzen. Um junge Menschen als zukünftige Fachkräfte oder ehrenamtlich Engagierte für die AWO zu begeistern, soll der Verband mit seinen Werten in den Freiwilligendiensten erlebbar werden – in jeder einzelnen Einrichtung sowie in der Begleitung und Bildungsarbeit. Um dieses Ziel zu erreichen,



Der Übergang von der Schule in den Beruf und der richtige Start ins Arbeitsleben fallen nicht immer leicht. Die AWO unterstützt mit verschiedenen Maßnahmen.

wird die enge Zusammenarbeit zwischen Einsatzstellen und der Beratungs- und Betreuungsstelle weiterhin einen hohen Stellenwert einnehmen. Darüber hinaus wird die pädagogische Begleitung der Freiwilligen als Gesamtkonzept der Persönlichkeitsbildung und (gesellschafts-) politischen Bildung in Bezug auf die Werte der Arbeiterwohlfahrt neu gedacht und umgesetzt. Auch die Förderung und der Ausbau weiterer Zielgruppen wird ein zunehmend wichtiges Thema für die Entwicklung des BFD. Für den BFD über 27 Jahren gilt es, geeignete Einsatzfelder auszubauen. Zum 1. Dezember 2015 ist mit dem „BFD mit Flüchtlingsbezug“ (BFDmF) bereits ein zusätzliches Feld des Engagements eröffnet worden. In der voraussichtlich dreijährigen Laufzeit besteht das Hauptziel darin, geflüchtete Menschen in die Freiwilligendienste zu integrieren. Neben dieser neuen Zielgruppe sollten auch

zukünftig weitere Unterstützungsmöglichkeiten für Freiwillige mit erhöhtem Betreuungsbedarf gefunden werden.



Die Bereiche, in denen die jungen Menschen arbeiten, sind unterschiedlich. Egal ob in der Werkstatt oder unter freiem Himmel – begleitende Betreuungsangebote fördern den Erfolg.



Migration

WILLKOMMEN: in der AWO!

Migration und die damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Folgen sind ein Kernthema im Tätigkeitsfeld der Arbeiterwohlfahrt. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Situation von Flüchtlingen leistet die Arbeiterwohlfahrt einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Herausforderungen. Insbesondere die Migrationssozialarbeit ist ein zentrales Handlungsfeld der AWO und zielt darauf ab, die individuellen Einwanderungsprozesse zu begleiten und zu unterstützen. Die AWO im Westlichen Westfalen unterhält dazu verschiedene Beratungsangebote (Migrationsberatung für Erwachsene, Jugendmigrationsdienste, Flüchtlingsprojekte) und ist Trägerin von weiteren verschiedenen Projekten.

Landesprogramm „Integrationsagenturen“

Im Berichtszeitraum wurde das landesgeförderte Programm „Integrationsagenturen“ im Bezirk erfolgreich umgesetzt. An mittlerweile elf Standorten (in den Gliederungen KV Siegen-Wittgenstein/Olpe, UB Dortmund, UB Gelsenkirchen/Bottrop, UB Hagen/Märkischer Kreis, UB Hamm-Warendorf, UB Münsterland-Recklinghausen, UB Unna) werden von 15 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Projekte in sozialräumlichen Gebieten entwickelt und bürgerschaftliches Engagement mit und für Migranten aufgebaut. Die Integrationsagenturen unterstützen Einrichtungen der sozialen Versorgung dabei, die Zugewanderten rechtzeitig zu erreichen. Sie helfen, das vorhandene bürgerschaftliche Engagement im Bereich der Integration weiter zu qualifizieren und auszubauen, dort zu moderieren, wo es im Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft zu Problemen kommt sowie in Stadtteilen mit so-

zialen Problemlagen die Eigeninitiative von Migrantenselbstorganisationen zu fördern. Weiter wird die interkulturelle Öffnung von Diensten und Einrichtungen unterstützt sowie ein aktiver und wertvoller Beitrag zur Antidiskriminierungsarbeit geleistet.

Buntes Ruhrgebiet

Ein besonderes Highlight stellte im Rahmen des Programms die zweite Auflage des Roma-Kulturfestivals „Djelem Djelem“ in Dortmund dar. Der Integrationsagentur ist es ein Anliegen, in Kooperation etwa mit Migrantenselbstorganisationen, die Vielfalt der Herkunftskulturen als Bereicherung für die Stadtgesellschaft und die gesamte Region Ruhrgebiet an die Öffentlichkeit zu bringen. Weitere zukünftige Auflagen des Festivals befinden sich bereits in der Planung.

Zusätzlich konnten im Rahmen des Programms zahlreiche auf spezielle Bedarfe ausgerichtete Angebote eingerichtet und durchgeführt werden. Insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Flüchtlingssituation erwies sich das Programm als prädestiniert zur schnellen Reaktion auf spontan auftretende Notwendigkeiten. Beispielsweise wurden kurzfristig Gesundheitstage in Flüchtlingsunterkünften angeboten. Vorausschauend für das Jahr 2016 wird die Möglichkeit, derartige spezielle Angebote anbieten zu können, im Rahmen der neu an die Integrationsagenturen angedockten Projektmittel „KOMM-AN NRW“ erweitert.

Bundesprogramme „Jugendmigrationsdienst“ & „Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer“

Die originären Aufgaben im Rahmen der Bundesprogramme „Jugendmigrationsdienst (JMD)“ und „Migrationsberatung für erwach-

sene Zuwanderer (MBE)“ liegen beim Jugendmigrationsdienst im Rahmen des Case Managements in der individuellen Integrationsförderplanung und sozialpädagogischen Beratung. In Gruppenangeboten können die jungen Migrantinnen und Migranten ihre sprachlichen sowie sozialen Kompetenzen ausbauen. Darüber hinaus wird Elternarbeit geleistet sowie bürgerschaftliches Engagement junger Menschen mit Migrationshintergrund gefördert. Im Sozialraum liegt der Fokus auf der Netzwerkarbeit und der interkulturellen Öffnung.

Ziel der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer ist die lösungsorientierte Unterstützung bei individuellen Lebenssituationen auf Grundlage der persönlichen Bedarfe. Dabei steht die Begleitung vor, während und nach den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geförderten Integrationskursen im Vordergrund.

Auch im Rahmen dieser beiden Bundesprogramme hat es umfangreiche Erweiterungen gegeben. Aktuell sind im Jugendmigrationsdienst 31 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. In der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer sind es aktuell 16 Hauptamtliche. Zusätzlich zu den hauptamtlichen Mitarbeitern sind darüber hinaus zahlreiche Ehrenamtliche und Honorarkräfte in beiden Bundesprogrammen aktiv. Nach der Aufstockung des Jugendmigrationsdienstes in den Jahren 2014/2015, wird es im Jahr 2016 im Rahmen der Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer ebenfalls eine weitere Aufstockung geben.

Landesprogramm: Soziale Beratung von Flüchtlingen

Ein zentrales Thema der jüngeren Vergangenheit war und ist die Situation der nach



Politische Zeichen und konkrete Arbeit vor Ort: Die AWO stellt sich den Herausforderungen, die mit der wachsenden Zahl von Flüchtlingen einhergehen. Rechts das AWO-Kids-Club-Mobil.

Deutschland geflüchteten Menschen. Im Rahmen des Landesprogramms Soziale Beratung von Flüchtlingen bietet die Arbeiterwohlfahrt in allen vier Säulen des Programms (Verfahrensberatung/dezentrale Beschwerdestellen, regionale Beratung, Rückkehrberatung) an sieben Standorten (in den Gliederungen UB Dortmund, UB Ennepe-Ruhr, UB Gelsenkirchen-Bottrop, UB Münsterland-Recklinghausen, UB Unna) Beratungsangebote an. Die Arbeiterwohlfahrt leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Orientierung der neu nach Deutschland zugewanderten Menschen.

Für das Jahr 2016 ist, angesichts der weiterhin hohen Zahl geflüchteter Menschen, eine erhebliche Aufstockung des Programms und damit eine Ausweitung der Beratungsangebote in Aussicht gestellt. Zusätzlich gab und gibt es eine Vielzahl an Projekten im Rahmen der Arbeit mit geflüchteten Menschen.

Als ein besonderes Beispiel kann hier das AWO-Kids-Club-Mobil genannt werden. Dabei handelt es sich um einen zur mobilen Kita umgebauten Bus, der turnusmäßig verschiedene Unterbringungseinrichtungen anfährt und dort ein vielfältiges Angebot bereithält. Neben dem Einsatz der hauptamtlichen Kräfte wären Projekte wie dieses und viele weitere Angebote der Arbeiterwohlfahrt allerdings ohne das stark vorhandene bürgerschaftliche Engagement in diesem Bereich nicht möglich.

Projekt des Bezirks: Young Refugees NRW

Rund ein Drittel der Flüchtlinge sind Kinder und Jugendliche, die alleine oder mit Sorgeberechtigten einreisen. Diese Gruppe besonders in den Blick zu nehmen, ist das Ziel eines Projektes „Young Refugees NRW“, das die Ar-

beiterwohlfahrt im Bezirk Westliches Westfalen gemeinsam mit dem Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) durchführt.

In diesem Rahmen werden zum einen Informationen für Fachkräfte in der Form eines „Wegweisers“ zusammengetragen. Zum anderen werden diese Informationen in spezieller Weise aufbereitet, übersetzt und der Zielgruppe der jungen Geflüchteten zur Verfügung gestellt. Insbesondere eine extra zu diesem Zweck hergestellte App soll den Zugang künftig deutlich erleichtern und die verschiedenen Informationen zielgruppengerecht vermitteln.

Im Projektverlauf wurde übrigens eine wissenschaftliche Untersuchung zu den Bedarfen der jungen Geflüchteten durchgeführt, die die bereitgestellten Informationsangebote noch weiter verfeinern und präzisieren soll.

Demenz-Servicezentrum für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte

Das landesweit zuständige Demenz-Servicezentrum für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte hat sich weiter etabliert. Mit diesem mittlerweile zur Regeleinrichtung verstetigten Angebot werden vorwiegend türkisch- und russischstämmige Demenzkranke erreicht. Ohnehin bereits in Gelsenkirchen ansässig, ist das Servicezentrum seit 2015 vollständig in Trägerschaft des Unterbezirks Gelsenkirchen-Bottrop übergegangen.



Das Projekt Young Refugees wird zu 90 Prozent von der Stiftung Wohlfahrtspflege gefördert.



Inklusion

Jede/r soll an der Gemeinschaft unbegrenzt teilhaben können

Arbeit

Vor dem Hintergrund der aktuellen Inklusionsdebatte stehen Werkstätten heute wieder einmal in der Kritik. Die Zielvorgabe eines offenen, für Menschen mit Behinderung zugänglichen Arbeitsmarktes spiegelt sich auch in den Diskussionen um ein Bundesteilhabegesetz wider.

Das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderungen muss nach Auffassung der AWO WW im Sinne des Artikels 19 der UN-Behindertenrechtskonventionen gestärkt werden. Allerdings soll zeitgleich die Ausgabendynamik in der Eingliederungshilfe begrenzt werden.

Zur beruflichen Inklusion bedarf es eines guten Netzwerkes. Denn Institutionen, Arbeitgeber, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen stehen durch die hohe Komplexität der Anforderungen oft vor großen Herausforderungen. Die vielen unterschiedlichen Zuständigkeiten und Rechtsgrundlagen der Fördermöglichkeiten sind oft nicht transparent genug. Die Angebote müssen besser verzahnt, zusätzliche Unterstützungsmöglichkeiten geschaffen sowie den Arbeitgebern neue Impulse gegeben werden.

Ein außergewöhnliches Arbeitsangebot bieten die Werkstätten der AWO Dortmund mit dem Atelier WERKstatt Arbeit. Hier können sich kunstinteressierte Menschen mit einer geistigen oder psychischen Behinderung künstlerisch bilden, selbst kreativ werden und die eigenen Kunsttechniken verfeinern. Im Jahre 2013 konnte das „Dortmunder Modell Kunst“ (DOMO) nach dreijähriger Modellförderung abgeschlossen werden. Der vorliegende Katalog „Kunstverrückt“ kann im Buchhandel oder in der WfbM Dortmund erworben werden.

Derzeit halten Werkstätten im Bereich des AWO-Betriebsverbandes Westliches Westfalen in Abstimmung mit den Rehabilitationsträgern an den anerkannten Standorten folgende Plätze vor:

Dortmund gesamt	672
Hauptwerkstatt Lindenhorster Straße 38	497
Landwirtschaft Schultenhof	42
Zweig WfbM Leuthardstraße	12
Zweig WfbM Kleingartenanlage	12
Zweigwerkstatt Lindenhorster Straße 44	109
Ennepe – Ruhr gesamt	464
Werkstattverbund Gevelsberg	160
WfbM Sprockhövel	204
WfbM Abteilung für psychisch behinderte Menschen Sprockhövel	100
Münster/Westfalenfleiß GmbH gesamt	855
Hauptwerkstatt Kesslerweg	414
Gut Kinderhaus, Landwirtschaft	20
Zweigbetrieb Telgte	38
Zweigbetrieb Rudolf–Diesel–Straße	120
Zweigbetrieb Höltenweg	28
Abteilung für psychisch behinderte Menschen	
ISM Industrieservice Münster	80
Am Kaiserbusch	55
Rudolf–Diesel–Straße	88
Telgte	12
Siegener Werkstätten gesamt	893
Netphen Deutz	427
Wittgenstein/Erndtebrück	120
Siegen	160
Abteilung für psychisch behinderte Menschen	
Effertsufer 60	60
Effertsufer 74	66
Erndtebrück–Schameder	60
Gesamtzahl	2908

Die Träger von AWO-Werkstätten haben sich in den vergangenen Jahren verstärkt auf den inklusiven Weg gemacht. Unter dem Motto „Inklusion in Schritten“ arbeiten zwischenzeitlich 16 Personen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. 123 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben ausgelagerte Einzelplätze in Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarktes. 120 Personen arbeiten in Außenarbeitsgruppen in kooperierenden Betrieben. Die berufliche Förderung im Berufsbildungsbereich wurde professionalisiert. Die langjährigen Erfahrungen der Gruppenleiterinnen und -leiter, die eine Ausbildung zur Fachkraft und Berufsförderung mit staatlicher Anerkennung verfügen, ebnen die Übergänge von Werkstattbeschäftigten in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Allerdings wurde der Ausbau von Integrationsbetrieben durch die Haushaltskonsolidierungsmaßnahme des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe gestoppt. Derzeit existieren in den Unterbezirken Unna, Gelsenkirchen-Bottrop, Münsterland-Recklinghausen und bei der Westfalenfleiß GmbH vier Integrationsbetriebe in den Bereichen Second Hand, Catering und Recycling, Garten- und Landschaftspflege.

Interessenvertretung

Die Arbeit in Beiräten ist in allen Arbeits- und Beschäftigungsbereichen der Eingliederungshilfe innerhalb des Bezirksverbandes gesichert. Die Wahlen in die Werkstatt- und Beschäftigungsräte werden entsprechend der Verordnung über die Mitwirkung der Beschäftigten geregelt. Die Fort- und Weiterbildung der vier Werkstatträte der AWO Westliches Westfalen wurde im Berichtszeitraum durch den

Fachverband für Behindertenhilfe organisiert. Die 40 Beiratsmitglieder haben jährlich eine dreitägige Fortbildungsveranstaltung in den AWO-Bildungseinrichtungen absolviert. Neben aktuellen Themen aus den WfbM wurden auch sozialpolitische Fragestellungen wie Entlohnung, Mitbestimmung, Bedarfsplanung oder Vor- und Nachteile des arbeitnehmerähnlichen Rechtsverhältnisses bearbeitet.

Darüber hinaus konnte der Verband zwei Delegierte in die Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten entsenden (LAG WR NRW). Die LAG arbeitet entsprechend ihrer Satzung sowohl auf Landesebene als auch zwischenzeitlich auf Bundesebene sehr erfolgreich an arbeitsmarktpolitischen Themen mit. Sie erhält dabei Unterstützung von Koordinatoren der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege. Ab 2016 wird im Rahmen eines Modellprojektes „Partizipation und Selbstbeteiligung“ die Arbeit der LAG der Werkstatträte durch Stiftung Wohlfahrtspflege und WfbM in NRW finanziell für einen Zeitraum von drei Jahren unterstützt.

Die Eingliederungshilfe steht in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Mit der Schaffung eines Bundesteilhabegesetzes haben Menschen mit Behinderung die gleichen Rechte wie Menschen ohne Behinderung. Ziel des Gesetzes soll die Verbesserung der Selbstbestimmung im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention sein. Gleichzeitig soll aber auch die Ausgabendynamik gedämmt werden. Bisher kann der Beteiligungsprozess als transparentes und gut organisiertes Verfahren bewertet werden. Es ist allerdings unklar, wie die Positionen und Arbeitsgruppenergebnisse auf der Bundesebene Einfluss auf die Schaffung des Gesetzes haben. Der Gesetzentwurf wird in 2016 erwartet.





Sommersause: inklusives Dortmunder Open-Air Kulturfestival

Bei der Sommersause handelt es sich um ein inklusives Dortmunder Open-Air-Kulturfestival auf dem Gelände der Werkstätten der Arbeiterwohlfahrt an der Lindenhorster Straße. Mit den Kooperationspartnern Mobile e. V., Lebenshilfe Dortmund, Werkstätten Gottesseggen, Diakonisches Werk Dortmund und Lünen und Bethel regional richtet die AWO hier seit acht Jahren diese Veranstaltung aus, die immer größere Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit findet. Unterstützt wird die Sommersause in der Regel von der Aktion Mensch. Bei der Sommersause werden inklusive Projekte aus der kulturellen Arbeit mit Menschen mit Behinderung präsentiert, die sich eine Bühne mit Bands und Musikern ohne Behinderung gleichberechtigt teilen. Es finden zudem zahlreiche gemeinsame Aktivitäten statt: So spielte zum Beispiel der Starclub, die Band der AWO-Werkstätten, zusammen mit einem Chor von Studenten der TU Dortmund, das Trommelprojekt von Bethel Regional gemeinsam mit einer Reggae-Band.

Als Headliner und quasi als Paten des inklusiven Festivals konnten Künstler und Bands wie

Tonbandgerät, Maxim, Katrina & The Waves, Purple Schulz, Sebastian Sturm & Exile Airline, Martin Zobel & The Soulrise und viele andere gewonnen werden. Schon bei der Planung und Organisation, aber auch bei der Durchführung der Veranstaltung sind Menschen mit Behinderung selbstverständlich aktiv.

Eingliederungshilfe

Im Koalitionsvertrag wurde im Jahr 2013 vereinbart, dass die Kommunen nach der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes in Höhe von fünf Milliarden Euro entlastet werden sollen. Das Kabinett hat allerdings bei den Haushaltsplanungen 2015 beschlossen, eine Entlastung der Kommunen nicht im Rahmen des BTHG vorzunehmen. Die Arbeiterwohlfahrt hat die Bundesregierung deshalb aufgefordert, die Zusage der Finanzierungs-beteiligung aufrecht zu erhalten. Denn eine inklusionsorientierte Gesellschaft kann erst dann entstehen, wenn auch die nötigen Finanzen bereitstehen. Teilhabe und Inklusion sind Querschnittsthemen, die sich auf alle Menschen, Lebensbereiche, Politikbereiche und alle Teildisziplinen und berufliche Professionen beziehen.

Mitwirkung gefragt: Die Werkstatt- und Beschäftigungsräte haben eine wichtige Funktion.

Darüber hinaus müssen Menschen mit Behinderungen die gleichen Rechte und Wahlmöglichkeiten haben wie Menschen ohne Behinderungen. Daher gilt es, bundeseinheitliche rechtliche und finanzielle Regelungen in dem lang erwarteten Bundesteilhabegesetz zu schaffen.

Wohnen

Die Gestaltung des Sozialraumes, flächendeckende, sozialraumähnlich orientierte Angebote wie Mobilität und Teilhabe sowie ausreichende bezahlbare Wohnangebote sind für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Behinderung unabdingbar. In den nächsten Jahren müssen die Übergänge zwischen stationären und ambulanten Wohnformen fließender gestaltet werden. Der Wunsch nach einem Leben in der eigenen Häuslichkeit, der durch ambulante Unterstützung realisiert werden kann, nimmt kontinuierlich zu. Das Wunsch- und Wahlrecht nach Artikel 19 UN-Behindertenrechtskonvention beim Wohnen, bei der Wahl der Wohnform, der Wahl der Wohnpartner und Wohnstrukturen stellt hohe Anforderungen an eine flexible Konzeptgestaltung an Wohnsettings. Daher muss sich die Sozialpolitik nach Auffassung der AWO inhaltlich und konzeptionell in den nächsten Jahren mit den Übergängen zwischen stationären und ambulanten Wohnformen auseinandersetzen.

Allerdings haben insbesondere Menschen mit hohem Hilfebedarf oft nur die Möglichkeit, in einer Einrichtung anstatt in einer eigenen Wohnung mit Assistenzleistungen zu leben. Kostenträger finanzieren ambulante Leistungen nur, wenn diese Leistungen nicht mit unverhältnismäßigen Mehrkosten gegenüber einer stationären Leistung verbunden sind.

Ein sogenannter Kostenvorbehalt nach Sozialgesetzbuch, wie er in Westfalen-Lippe jetzt bei der Diskussion zum Intensiv Ambulant Betreuten Wohnen eingebracht wurde, verstößt nach Auffassung des AWO-Bezirksverbandes gegen die Behindertenrechtskonvention. Aktuell leben über 600 Frauen und Männer mit unterschiedlicher Art und Schwere der Behinderung in den ambulanten Wohnformen des Verbandes. Einige Träger befinden sich in konzeptionellen Vorüberlegungen mit dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe zur Umsetzung der Betreuung in Wohngemeinschaften, Hausgemeinschaften oder intensiv ambulant betreuten Wohnformen. Der Koordinationsaufwand der Betreuung in einem ambulanten Setting für mehrere Leistungselemente ist erheblich. Im Berichtszeitraum hat der Verband trotz steigenden Ausbaus beim ambulant betreuten Wohnen weitere 150 stationäre Wohnplätze geschaffen.

Im Bereich des Bezirksverbandes Westliches Westfalen haben die Unterbezirke einschließlich der korporativen Mitglieder 48 stationäre Einrichtungen aufgebaut. Wenn sich Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf für eine stationäre Wohneinrichtung entschieden haben, können von den 1.185 Plätzen in 48 Einrichtungen über 93 Prozent Einzelzimmer zur Verfügung gestellt werden.

Die Vorgaben des Wohn- und Teilhabegesetzes sind erfüllt. Insbesondere in den neuen Häusern in Dortmund, Recklinghausen, Marl, Herten, Dorsten, Gevelsberg und Rheine wurden 25 bis 50 Prozent der Plätze rollstuhlgerecht realisiert. Bei der personellen wie auch der räumlichen Ausstattung der Einrichtungen wurden die unterschiedlichen Bedarfe der Nutzer berücksichtigt. Darüber hinaus verfolgt der Verband die Absicht, in den Sozialräumen

flächendeckende und inklusive Angebote zu schaffen, um ein selbstbestimmtes Wohnen und selbstständige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Interessenvertretung

Im Berichtszeitraum hat der Bezirksverband in enger Zusammenarbeit mit dem Lotte-Lemke-Bildungswerk jährlich jeweils vier Fortbildungstage für die gewählten Bewohnerbeiratsmitglieder angeboten. Die Angebote waren jeweils kurzfristig ausgebucht und werden in den Folgejahren mit kompetenten Referenten weitergeführt.

In dem bezirksweiten Facharbeitskreis Wohnen kommen die Leitungskräfte der ambulanten Dienste und stationärer Einrichtungen der Eingliederungshilfe vier- bis fünfmal jährlich zusammen. Hier werden die aktuellen sozial-

und verbandspolitischen Themen der örtlichen Ebene, der Landes- und Bundesebene erörtert und bewertet.

Das Referat Eingliederungshilfe/Gefährdetenhilfe vertritt auf der Landes- und auf Bundesebene in den unterschiedlichen Gremien die Verbandsinteressen. Eine enge Abstimmung mit den Gliederungen und Trägern von Diensten und Einrichtungen hat dabei oberste Priorität. Im Bereich der Versorgungslage geflüchteter Menschen mit Behinderung wird die Gesellschaft in den nächsten Jahren vor große Herausforderungen gestellt. Hier gibt es zahlreiche Versorgungslücken wie zum Beispiel barrierefreie Gemeinschaftsunterkünfte, Vorhalten von Hilfsmitteln, Zugänge zu Sozialleistungen, Fachkräfte in Diensten und Einrichtungen mit mehrsprachlichem Hintergrund, Beratungsdienste, oder barrierefreie Behördenzugänge.



Sich wohlfühlen im eigenen Zuhause – die Übergänge zwischen stationären und ambulanten Wohnformen für Menschen mit Behinderung müssen fließender gestaltet werden.



Beratung und Betreuung

Hilfen in der Krise, Perspektiven für die Zukunft

Drogen- und Suchtkrankenhilfe

Im Arbeitsfeld Drogen- und Suchtkrankenhilfe hat der AWO Bezirk Westliches Westfalen sechs anerkannte Beratungsangebote, die mit kommunalen und Landesmitteln gefördert werden (Ennepe-Ruhr, Münsterland-Recklinghausen, Siegen-Wittgenstein/Olpe und Hagen/Märkischer Kreis). Die Unterbezirke beteiligen sich darüber hinaus mit Eigenmitteln. Die Beratungsstellen unterstützen die Arbeit der angeschlossenen Selbsthilfegruppen, bieten niedrigschwellige Angebote und Kontaktcafés an. In Hagen und Steinfurt wird ein Youth-Worker-Programm zusätzlich zur AIDS-Beratung angeboten.

Im Bereich der medizinischen Rehabilitation ist – als Teil des Behandlungszentrums Deerth in Hagen – die Fachklinik „Am Kaiserberg“ im AWO-Unterbezirk Hagen/Märkischer Kreis



Die Fachklinik „Am Kaiserberg“ in Hagen.

eröffnet worden. Damit stehen in der Region mit insgesamt über 30-jähriger AWO-Erfahrung Behandlungsangebote, spezielle Therapieprogramme für Cannabis-Konsumenten, Psychotherapie mit Arbeits- und Beschäftigungsangeboten, Adaption sowie ambulante Angebote wie Betreutes Wohnen den betroffenen Menschen zur Verfügung.

Das Behandlungszentrum Deerth bietet als einzige Drogenentwöhnungseinrichtung in freier Trägerschaft in Deutschland die Behandlung von Patienten aus dem Maßregelvollzug auf der Grundlage des Paragraphen 64 StGB an. Derzeit werden dort rund 75 Patienten behandelt. Die Rahmenbedingungen der Einrichtung sind vertraglich mit dem Land Nordrhein-Westfalen und den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe geregelt.

Im Arbeitskreis Drogen und Sucht des Bezirksverbandes werden alle fachlichen, sozialpolitischen und finanziellen Fragen mit den Trägervereinigungen regelmäßig erörtert. Dabei ist die kollegiale Beratung untereinander ein fester Bestandteil. Darüber hinaus werden bundespolitische Themen in die Gremien beim Bundesverband eingebracht. Eine regelmäßige Vertretung wird durch den Bezirksverband sichergestellt und mit den Trägern der Einrichtungen und Dienste kommuniziert.

Schwangerschaftskonfliktberatung

Bezirkswweit unterhält die AWO Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen in Ahlen, Bergkamen, Dortmund, Hagen, Lippstadt, Lünen, Neubeckum, Schwerte und Warendorf. Im Berichtszeitraum wurden dort mehr als 16.000 Ratsuchende erreicht. Die Einrichtungen beraten bei Familienplanung, Verhütung sowie Sexualität und sind als Akteure bei den „Frü-

hen Hilfen“ aktiv. Das Angebot richtet sich vor allem an Frauen in der Entscheidungsfindung für oder gegen ein Kind. Sexualpädagogische Arbeit rundet das Aufgabenfeld ab.

Insbesondere Familien sind von gesellschaftlichen Schief lagen betroffen. Familien, vor allem alleinerziehende Frauen, leben vermehrt in prekären Lebensverhältnissen. Fehlende Betreuungsangebote, schwierige Arbeitsbedingungen und finanzielle Nachteile führen in die Armut. Diese wirtschaftlichen Aspekte beeinflussen die Familienplanung maßgeblich. Die Beratungsstellen beteiligten sich daher an der Vergabe der Bundesstiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“. Einige Beratungsstellen verwalten zudem kommunale Fonds für Verhütungsmittel. Hinzu kommt eine steigende Zahl ungewollt kinderloser Paare, die medizingestützt versuchen, ein Kind zu bekommen. Sie erhalten eine intensive psychosoziale Begleitung. Ein wichtiger Schritt zur Verbesserung der anonymen Hilfe für Schwangere folgte durch die Einführung der vertraulichen Geburt. Ergänzend wurde die Helpline „Schwangere in Not“ eingerichtet. Zuletzt wurde für geflüchtete Schwangere die Landesförderung für Dolmetscherleistungen ausgeweitet.

Die Arbeit der Beratungsstellen stand deutlich unter dem Einfluss der Neuregelung der Landesfinanzierung. Durch das neue Gesetz wurde eine Förderung auf Basis eines Leistungsrankings festgeschrieben, was zu einem großen Wettbewerb innerhalb der Beratungslandschaft führt.

Im gesamten Arbeitsfeld erfolgt eine zunehmende Familienorientierung und Differenzierung. Die Beratungszahlen steigen jährlich. Problematisch gestaltet sich zunehmend die ärztliche Versorgung bei Schwanger-

schaftsabbrüchen. Generell rücken neben dem Thema Familienplanung verstärkt die existenzsichernden Maßnahmen in den Fokus.

Frauenhäuser

Trotz einer jahrzehntelangen Antigewalt-Arbeit ist jede vierte Frau im Laufe ihres Lebens von Gewalt innerhalb der Partnerschaft betroffen. Allein 10.000 Frauen und ihre Kinder suchen jährlich Schutz vor Gewalt in den rund 60 Frauenhäusern in NRW. 2012 wurde eine bundesweite Hotline für betroffene Frauen eingerichtet. Zuletzt wurden 2015 landesweit die anonyme Spurensicherung bei sexualisierter Gewalt und ein Förderprogramm für traumatisierte Frauen eingeführt.

Zwei Unterbezirke unterhalten je ein Frauenhaus. Die Mitarbeiterinnen begleiten in Krisensituationen und unterstützen bei der Entwicklung von Perspektiven. Die Betroffenen leben vermehrt in prekären Situationen mit wenigen Ressourcen für ein eigenständiges Leben. Diese Frauen sind finanziell von den Tätern abhängig und ihnen fehlt die soziale Unterstützung. In Kooperation mit allen Trägern in NRW wurde 2013 ein Fachtag mit dem Titel „Frauenhaus 2020 – Was wir wirklich wollen?!“ mit über 80 Fachkräften veranstaltet. Zusätzlich zu den persönlichen Hilfen beinhaltet die Arbeit auch die Begleitung der fachpolitischen Entwicklung. Das Land NRW entwickelt mit dem Landesaktionsplan eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen. Zudem hat 2013 das Land ein Rechtsgutachten veröffentlicht, das Handlungsspielräume einer gesicherten Finanzierung von Unterstützungsangeboten auslotet. Unter dem Motto „Gewaltschutz geht vor – für starke Frauen und Mädchen in NRW“ protestierte daraufhin ein landes-

weites Bündnis von Frauenvertreterinnen für eine verlässliche Finanzierungsregelung. Die Anforderungen an die Arbeit sind gestiegen; und die Situation der Frauenhäuser hat sich zugleich dramatisch zugespitzt. Die geringe personelle Ausstattung sowie der erhöhte Betreuungsbedarf führen nach AWO-Überzeugung zu einer eklatanten Überlastung. Überdies fehlt die Grundlage für eine sichere und bedarfsgerechte Finanzierung. Die Träger springen bei Finanzierungslücken als Ausfallbürgen ein. Es muss der Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe geschaffen werden.

Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung

Schuldnerberatung ist eine soziale Dienstleistung und wird als komplexes Beratungsangebot seit Mitte der 1980er-Jahre durchgeführt. Das Angebot ist eine Antwort auf das seitdem rasante Wachsen von Überschuldung in der Bevölkerung. Die Kernaufgaben bestehen in der Beratung, Existenzsicherung und Regulierung. Ziel der Schuldnerberatung ist es, die Ratsuchenden zu befähigen, dauerhaft ein Leben ohne Schulden und neue Verschuldung zu führen – ihnen wieder eine Perspektive zu vermitteln und sie in den sozialen und wirtschaftlichen Kreislauf zu integrieren. Über die persönlichen Hilfen für ver- und überschuldete Menschen hinaus beinhaltet das Aufgabenfeld auch Prävention zur Vermeidung von Überschuldung, Öffentlichkeitsarbeit, Kooperation, Vernetzung und Evaluation. Die Standorte sind in Altena, Bocholt, Datteln, Hagen, Iserlohn, Lippstadt, Münster, Kamen, Unna und Werdohl sowie beim Bezirksverband in Dortmund. In Zahlen ausgedrückt: Pro Jahr betreut die AWO mehr als 3.500 überschuldete Ratsuchende und ihre Familien längerfristig. Hinzu kom-

men mehr als 2.500 Kurzberatungen rund um finanzielle und wirtschaftliche Problemlagen. Die Nachfrage ist ungebrochen und führt zum Teil zu langen Wartezeiten. Die positiven Effekte für die Ratsuchenden und die Gesellschaft sind unbestritten. Nach einer Studie des Bundesfamilienministeriums von 2007 ist Schuldnerberatung hochwirksam: Sie trägt dazu bei, finanziell-wirtschaftliche, emotionale und kognitive Aspekte der Kunden zu verbessern und spart mittelfristig der Gesellschaft Geld. Die Schuldnerquote in NRW liegt mit 11,46 Prozent etwas höher als die Quote von 9,90 Prozent im Bundesdurchschnitt.

Der vorwiegend wirtschaftliche Auslöser für Verschuldung, nämlich die Arbeitslosigkeit, hat in den vergangenen Jahren aufgrund der ökonomisch stabilen Situation an Bedeutung verloren. Hingegen geriet die „unwirtschaftliche Haushaltsführung“ zunehmend in den Fokus der Beratung. Insbesondere bei den unter 25-Jährigen spielt der Umgang mit Geld eine zunehmend wichtige Rolle. Der Beratungsbedarf dürfte mithin auch künftig enorm bleiben. Neue Themen wie „Altersarmut“ dürften überdies an Bedeutung gewinnen und neue Beratungsansätze erfordern. Prävention wird weiterhin einen hohen Stellenwert einnehmen, weil unsere Finanz- und Geschäftswelt immer komplexer wird. Es gilt, schon jungen Menschen möglichst früh Finanzkompetenz zu vermitteln.

Die AWO wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass alle Menschen, die von Überschuldung betroffen sind, ein Recht auf Schuldnerberatung haben und dieses Recht auch zeitnah verwirklichen können. Hierfür müssen Schuldnerberatungen flächendeckend, dem tatsächlichen Bedarf entsprechend, vorhanden sein und ihre Finanzierung muss gesichert sein.

„Wir brauchen mehr Zuverlässigkeit und Flexibilität“

Die Sozialwirtschaft verändert sich mit wachsender Geschwindigkeit in ihren Aufgaben und Strukturen. Mit Michael Scheffler und Uwe Hildebrandt sprachen wir über die Konsequenzen.

Wer über die Zukunft spricht, sollte wissen, worauf er bauen kann. Was ist unverrückbare Tradition der AWO im westlichen Westfalen?

Michael Scheffler: Wir haben Menschen, die darauf zurückgreifen wollten, stets einen festen Halt mit unserer sozialen Arbeit gegeben. Die Werte, die Marie Juchacz bei der Gründung des Verbandes 1919 formuliert hat, sind bis heute aktuell: Solidarität, Toleranz, Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit sind für uns Grundlage sozialpolitischen Handelns und zugleich die Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft. Deshalb stehen unter anderem betriebswirtschaftliche Erfordernisse und soziale Verantwortung im Einklang miteinander. Werte sind also für uns kein Wischiwaschi, sondern dafür kämpfen wir – auch wenn es schwierig wird.

Uwe Hildebrandt: ... genau das ist wichtig auch und gerade für das Alltagsgeschäft. Mein Vorgänger Wolfgang Altenbernd hat immer nach der Devise gelebt, dass man einen Sozialverband nicht kaputtsparen darf. Zwar ändern sich die Rahmenbedingungen und die Betriebswirtschaft gewinnt immer größere Bedeutung auch in der Sozialwirtschaft. Aber Altenbernds Wort gilt immer noch: Natürlich muss man die Zahlen kennen, interpretieren und in Taten umsetzen können – aber wenn man die Richtung nicht kennt, nutzt es wenig, etwa bei den Umstrukturierungen in der stationären Altenhilfe einfach die Geschwin-

digkeit zu erhöhen. Und alles macht keinen Sinn, wenn man die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht auf der Basis gemeinsamer Werte und Ziele mitnehmen kann, die letztlich für die Qualität der Arbeit in unseren Einrichtungen und Diensten stehen.

Wo spüren sie – abgesehen von den Finanzen – gegenwärtig den größten Veränderungsdruck?

Uwe Hildebrandt: Wenn wir auf aktuelle Herausforderungen in der Sozialwirtschaft schnell und sachgerecht reagieren wollen, müssen wir sie sehr früh vorausahnen und flexibel darauf antworten. Ein Beispiel: Die Menschen, die unsere Einrichtungen und Dienste in Anspruch nehmen, ändern sich sehr in ihrer Mentalität. Wer vor 20 Jahren zu uns in die stationäre oder ambulante Pflege kam, war in aller Regel dankbar für unsere Angebote. Heute kommt die Generation der Rolling Stones, die unlängst ihr 50-jähriges Bühnenjubiläum feierten. Die Menschen kommen mit ganz anderen Erwartungen und wollen ganz selbstverständlich in der Pflegeeinrichtung per WLAN aufs Internet zurückgreifen. Wie das Beispiel zeigt, wachsen über die Kompetenz in der eigentlichen Pflege die Anforderungen an die Gebäude, an ihre Ausstattung und an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ganz beträchtlich.

Über diese veränderten Ansprüche der Gesellschaft scheinen sich viele Menschen nicht klar zu sein ...

Michael Scheffler: Wenn jemand in der Altenpflege tätig sein will, darf er nicht im erstbesten Moment die Nase rümpfen. Die Anforderungen sind hoch. Umgekehrt wünsche ich mir



Michael Scheffler (r.) und Uwe Hildebrandt im Diskurs zur Zukunft der Sozialen Arbeit.

von der Öffentlichkeit mehr Achtung vor den Berufen in der Altenpflege – auch durch eine entsprechende Bezahlung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir stehen mit unseren Tarifen dafür, dass wir Sozialdumping verhindern – brauchen aber auch eine entsprechende Refinanzierung durch die Kostenträger.

Uwe Hildebrandt: Wir müssen dazu kommen, dass die Pflege dieselbe Wertigkeit im öffentlichen Ansehen bekommt wie die des Mediziners. Ich bin zudem ein Befürworter der Generalisierung der Ausbildung in der Pflege: Die Anforderungen bei den Pflegeberufen kommen sich immer näher.

Finden Sie angesichts der mangelnden Anerkennung und vergleichsweise niedrigen Bezahlung überhaupt noch genügend Mitarbeiter?

Uwe Hildebrandt: Der AWO geht es vielleicht mit ihren Tarifverträgen noch besser als an-

deren Verbänden oder privaten Anbietern. Aber auch wir werben um Menschen, die bei uns hauptberuflich einsteigen wollen. Gute Erfahrungen machen wir neben unserer eigenen, hoch qualifizierten Ausbildung mit Quereinsteigern, die durchaus aus anderen Berufsfeldern kommen. Ich denke da an einen 56-jährigen Mann, der lange dafür gekämpft hat, Altenpfleger zu werden. Heute macht er eine Top-Arbeit, weil er mit dem Herzen dabei ist, einen Zugang zur Pflege hat und viel Lebenserfahrung mitbringt. Da reicht häufig schon, wenn sich Quereinsteiger bei uns melden – das fachlich Nötige bringen wir ihnen bei.

Michael Scheffler: Wir sind gefordert, die Ressourcen des Verbandes – im Hauptberuflichen wie im Ehrenamt – gut einzusetzen: Nicht jeder muss alles wissen und können. Man muss aber wissen, wen man fragen kann. Und die unterschiedlichen Kompetenzen müssen klug zusammengeführt werden. Ein



Uwe Hildebrandt (48) ist seit dem Frühjahr 2015 Geschäftsführer des AWO-Bezirksverbandes Westliches Westfalen.

gutes Beispiel bietet gegenwärtig die AWO in Dortmund, die sehr schnell und umfassend eine Expertise im Bereich der Flüchtlingsbetreuung aufgebaut hat und jetzt weitergeben kann.

Sie sprechen gerade das Ehrenamt an – die Zahl der Ehrenamtlichen geht aber zurück. Wird die AWO irgendwann zu einer Hauptamts-Organisation?

Michael Scheffler: Ein klares NEIN: Auch wenn sich die Rahmenbedingungen ändern, wird die AWO ein Mitgliederverband auf Dauer bleiben. Wie wichtig das Ehrenamt ist, sieht man gegenwärtig an der Betreuung der Flüchtlinge, die zu einem wichtigen Teil von ehrenamtlichen Helfern getragen wird. Mit mancher Anforderung ist das Hauptamt überfordert; an anderen Stellen macht uns das hoch flexible Ehrenamt auf Entwicklungen erst aufmerksam, die unseren Einsatz erfordern. Das alles darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir für das Ehrenamt werben müssen, weil sich die Formen der Mitwirkung ändern – es wird immer schwieriger, Menschen für eine langfristige Arbeit in einem Ortsvereinsvorstand zu finden. Wir müssen aber auch neue Formen finden, wie man Interessenten einbinden kann. Projektarbeit spricht viele Ehrenamtliche an. Unbestreitbar müssen wir unter

dem Strich den Mitgliederverband nachhaltig und kraftvoll stärken.

Welche grundlegenden Veränderungen sehen Sie für die Sozialwirtschaft voraus?

Uwe Hildebrandt: Ob man es gerne sieht oder nicht: Zum Ersten schreitet die Ökonomisierung der Gesellschaft voran – und das werden auch die Wohlfahrtsverbände immer deutlicher zu spüren bekommen. Da stellen sich dann Fragen wie die, ob die gewünschte bilinguale Betreuung des Nachwuchses in den Kitas noch zu bezahlen ist. Und, noch wichtiger: Verbunden ist mit solchen Wünschen und den finanziellen Folgen die Sorge, dass nicht gleichzeitig das Freigeistige kaputt gemacht wird. Ich glaube, wir brauchen mehr Gelassenheit und müssen uns gerade mit Blick auf die Ökonomisierung immer zuerst fragen, wie wir im konkreten Fall vor dem Hintergrund unseres Wertekanons mit den uns anvertrauten Menschen umgehen. Zum Zweiten müssen wir uns künftig noch häufiger die kritische Frage stellen, wo wir als AWO noch besser werden sollen und können. Wenn eine Einrichtung gerade nicht benötigt wird, müssen wir sie vorübergehend oder ganz stilllegen. Wir brauchen also eine permanente Aufgabenkritik bei unseren Mitarbeitenden, wenn wir beispielsweise feststellen, dass wir im Handumdrehen 450 Leute für die Flücht-

Michael Scheffler (l.), Jahrgang 1954, ist SPD-Landtagsabgeordneter und seit 2012 Vorsitzender des AWO-Bezirksverbandes Westliches Westfalen.



lingshilfe finden, aber von 350 jährlichen Bufdis kein einziger in die hauptberufliche Tätigkeit bei uns überwechselt.

Michael Scheffer: ... da sollte man aber nicht verschweigen, dass es gerade junge Menschen sind, die sich wieder für die Gemeinschaft engagieren.

Uwe Hildebrandt: Schließlich drittens: Wir müssen neue Finanzierungs- und Organisationsformen für unsere Arbeit finden, um mehr Flexibilität und Reserven für aktuelle und manchmal auch sehr kurzfristige Anforderungen an unsere Arbeit zu gewinnen. Diese können wir nur schaffen, wenn wir unsere Strukturen immer wieder hinterfragen. Deshalb haben wir für unseren Geschäftsbereich Stationäre Pflege eine komplette Leitungsebene zwischen den Bezirksverband und den Einrichtungen neu implementiert. Vier Regionalleiter tragen jeweils definierte Verantwortung für je 15 Häuser. Dies soll den Know-how-Transfer und schnelle Entscheidungen fördern.

Organisation optimieren, das hört sich nach Rückschnitten an.

Uwe Hildebrandt: Gemeint ist damit, dass wir Routinen etwa durch den Einsatz von Tech-

nik reduzieren – um dann die frei werdende Kraft für die menschliche Zuwendung nutzen zu können.

Michael Scheffler: Wir sind dabei, nach diesem Motto den Bezirksverband insgesamt in seiner Arbeit zu stärken: Wir stellen Architekten für die Sanierungsplanung ein, Betriebswirte für eine Verbesserung des Controllings, mehr Leute für die Öffentlichkeitsarbeit und das Marketing, um Menschen von unserer Arbeit zu begeistern ... –

Damit tun wir unseren Teil, um hervorragend aufgestellt zu sein. Wir wünschen uns umgekehrt aber auch mehr langfristige Zuverlässigkeit von Bund und Land, wenn es um unsere gesetzlichen Rahmenbedingungen geht. Diese Zuverlässigkeit brauchen wir nicht zuletzt, weil wir mittelfristig allein rund 150 Millionen Euro in die Modernisierung unserer stationären Altenpflegeeinrichtungen investieren wollen. Wir brauchen aber auch mehr Spielraum von den Kostenträgern – vor allem da, wo es um die Qualifizierung und Bezahlung unserer Mitarbeiter geht. Denn nur wenn sie qualifiziert und motiviert arbeiten, können wir rundum für die Menschen in der Gesellschaft da sein, die sich selbst nicht mehr alleine helfen und sich bisweilen nicht einmal mehr zu ihren Anliegen äußern können. Da werden die Anforderungen immer größer.



Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband
Westliches Westfalen e.V.



Arbeiterwohlfahrt
Bezirksverband Westliches Westfalen e. V.
Kronenstraße 63 - 69
44139 Dortmund
www.awo-ww.de